



36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 13.04.2016, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.03.2016**

- 3 Informationen zum Sachstand "Pfungstberg"

- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen
16/SVV/0006 Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
 - 4.2 Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam
16/SVV/0123 Fraktion DIE LINKE

- 5 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 5.1 Kommunale Immobilienverkäufe 2016
16/SVV/0249 Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern
 - 5.2 Prüfergebnis bzgl. der Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.
gemäß Beschluss: 15/SVV/0746

- 5.3 Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die Sanierungsmaßnahmen gemäß Beschluss: 15/SVV/0008
- 5.4 Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des Landes gemäß Beschluss: 15/SVV/0801
- 5.5 Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875
- 5.6 Handlungskonzept Papierkörbe - erneute BE - Leerung aus einer Hand.
- 5.7 Ergebnisse - Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt gemäß Beschluss: 15/SVV/0223
- 5.8 Prozess zur Erstellung eines Tourismuskonzepts
- 5.9 Informationen zum Sachstand "Bürgertreff Eiche"
- 6 Sonstiges**

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.03.2016**
- 8 Mitteilungen der Verwaltung**

- | | | |
|----------|--|---|
| 8.1 | Unterrichtung über die gefassten
Gesellschafterbeschlüsse in städtischen
Unternehmen
16/SVV/0248 | Oberbürgermeister, FB
Kommunikation, Wirtschaft und
Beteiligung |
| 8.2 | Bericht der AG Asyl | |
| 8.3 | Informationen zu den Mietvertragsänderungen
der Pro Potsdam für Gewerbe im Bornstedter
Feld | |
| 9 | Sonstiges | |



36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: **Hauptausschuss**
Sitzungstermin: **Mittwoch, 13.04.2016, 17:00 Uhr**
Ort, Raum: **R. 280 a, Stadthaus**

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|--|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.03.2016 | |
| 3 | Informationen zum Sachstand "Pfungstberg" | |
| 4 | Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung | |
| 4.1 | Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen
Vorlage: 16/SVV/0006 | Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW |
| 4.2 | Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0123 | Fraktion DIE LINKE |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 5.1 | Kommunale Immobilienverkäufe 2016
Vorlage: 16/SVV/0249 | Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern |
| 5.2 | Prüfergebnis bzgl. der Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.
gemäß Beschluss: 15/SVV/0746 | |
| 5.2.1 | "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."
Vorlage: 16/SVV/0255 | Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung |
| 5.3 | Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die Sanierungsmaßnahmen
gemäß Beschluss: 15/SVV/0008 | |

- 5.4 Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des Landes gemäß Beschluss: 15/SVV/0801
- 5.5 Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875
- 5.6 Handlungskonzept Papierkörbe - erneute BE - Leerung aus einer Hand.
- 5.7 Ergebnisse - Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt gemäß Beschluss: 15/SVV/0223
- 5.8 Prozess zur Erstellung eines Tourismuskonzepts
- 5.9 Informationen zum Sachstand "Bürgertreff Eiche"
- 6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.03.2016
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Unterrichtung über die gefassten Gesellschafterbeschlüsse in städtischen Unternehmen
Vorlage: 16/SVV/0248
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 8.2 Bericht der AG Asyl
- 8.3 Informationen zu den Mietvertragsänderungen der Pro Potsdam für Gewerbe im Bornstedter Feld
- 9 Sonstiges



- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0123

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam

Erstellungsdatum 13.04.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
13.04.2016	Hauptausschuss	X	
04.05.2016	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Unternehmensverbund Pro Potsdam wird gebeten, bei Ausschreibungen von Grundstücken die Mitglieder des Hauptausschusses zur Öffnung der Gebote einzuladen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des Unternehmensverbundes Pro Potsdam entsprechende Gespräche mit dieser Zielstellung zu führen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 04. Mai 2016 zu informieren.

Begründung:

Seit mehreren Jahren werden bei Grundstücksverkäufen durch die Stadt die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Öffnung der Gebote eingeladen. Damit wurde ein großer Schritt in Richtung Transparenz bei der Vergabe von Grundstücken gegangen. Die Stadtverordneten können seither die Vorlagen der Verwaltung für Grundstücksverkäufe bzw. -vergaben besser nachvollziehen. Dieses Verfahren wäre auch für Grundstücke, die der Unternehmensverbund Pro Potsdam in exponierter Innenstadtlage ausschreibt, wünschenswert, um auch bei Vergaben bzw. Verkäufen von Grundstücken in hervorragender Innenstadtlage an Investoren ein gewisses Maß an Transparenz zu gewährleisten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0006

öffentlich

Betreff:

Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Erstellungsdatum 05.01.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

27.01.2016 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ergänzend zu der von der Verwaltung vorgelegten Mitteilungsvorlage (DS.: 15/SVV/0714) möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung unterstützt das Vorgehen der Verwaltung, die im Gutachten zur Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen erarbeiteten Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Zu dem unter der laufenden Nummer 1 vorgeschlagenen Punkt „Erarbeitung und Beschluss einer Zielvereinbarung zwischen der LH P und der LSH“ sollen folgende Ergänzung vorgenommen werden:

„Die Erarbeitung der Zielvereinbarung erfordert eine Zielbestimmung der Landeshauptstadt Potsdam hinsichtlich Nutzung, Bewirtschaftung, Instandhaltung und Weiterentwicklung des Areals. Die Erarbeitung der Zielbestimmung soll in Abstimmung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem Luftschiffhafenbeirat erfolgen. (ein Beteiligungsverfahren der Nutzergruppen nicht erforderlich, da sich alle im Beirat Luftschiffhafen wiederfinden (Stadtsportbund, Landessportbund, verschiedene Vereine des Areals, Sportschule).. Die Zielerfüllung soll durch eine regelmäßige (jährliche) Erfolgskontrolle überprüft werden.“

Darüber hinaus soll der Vorschlag über die Verfahrensweise zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen/Optimierungsmaßnahmen folgendermaßen geändert werden:

Zur Steuerung der Umsetzung vorstehender Maßnahmen ist die Einrichtung eines geschäftsbereichsübergreifenden Projektteams mit folgender Zusammensetzung:

Leiter aus dem FB Bildung und Sport

Vorsitzender Ausschuss für Bildung und Sport

Fachbereich Sport mit Koordinator Luftschiffhafen

Ein Bausachverständiger (diese Stelle wurde für den Luftschiffhafen im Bereich Sport geschaffen)

Fortsetzung Beschlusstext Seite 3

gez. Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im März 2014 hatte die Stadtverordnetenversammlung (DS 14/SVV/0097) den Oberbürgermeister beauftragt, eine Evaluierung der Luftschiffhafen GmbH durchzuführen und Schlussfolgerungen zur weiteren Entwicklung der GmbH und der Betreuung des Sportareals Luftschiffhafen zu erarbeiten. Die mit der Evaluierung beauftragte KPMG AG hat Ende 2015 den Evaluationsbericht vorlegt. Dieser Bericht enthält auf der Grundlage umfassender Leistungsanalysen eine Reihe von Optimierungspotenzialen oder Handlungsempfehlungen. Nach einer ersten internen Auswertung der Verwaltung wurde eine Mitteilungsvorlage erarbeitet, in der das weitere Verfahren der Umsetzung insbesondere bzgl. der Priorisierung und der zeitlichen Realisierung beschrieben ist.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das von der Verwaltung geplante Vorgehen, die im Gutachten zur Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen erarbeiteten Optimierungsmaßnahmen umzusetzen. Die von der KPMG AG vorgeschlagenen Empfehlungen setzen jedoch voraus, dass sich zuvor alle Beteiligten über das Zielbild verständigt haben.

Fortsetzung Beschlusstext:

Ein Fachmann der LH P für rechtliche Angelegenheiten
Vertreter LH P Beteiligungssteuerung
Vertreter LH P Projektsteuerung
Vertreter LH P Haushalt
Vertreter Stadtsporthund
Vertreter Luftschiffhafen GmbH
Vertreter LSH Beirat
Vertreter Pro Potsdam

Jeweils nur ein Vertreter, da das Projektteam ohnehin schon groß ist. Im Rahmen der Projektarbeit sollen sämtliche Entscheidungen getroffen bzw. vorbereitet werden, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen zur Betreibung des „Sportparks Luftschiffhafen“ stehen. Die Projektleitung hierfür ist im Fachbereich Bildung und Sport vorgesehen. Über den Projektfortschritt soll halbjährlich (gemäß Beschluss B/Sp) im Ausschuss für Bildung und Sport sowie halbjährlich im Luftschiffhafenbeirat berichtet werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0123

öffentlich

Betreff:

Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 16.02.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

02.03.2016 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Unternehmensverbund Pro Potsdam wird gebeten, bei der Ausschreibung von Grundstücken im Innenstadtbereich die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Öffnung der Gebote einzuladen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des Unternehmensverbundes Pro Potsdam entsprechende Gespräche zu führen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 06. April 2016 zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Seit mehreren Jahren werden bei Grundstücksverkäufen durch die Stadt die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Eröffnung der Gebote eingeladen. Damit wurde ein großer Schritt in Richtung Transparenz bei der Vergabe von Grundstücken gegangen. Die Stadtverordneten können seither die Vorlagen der Verwaltung für Grundstücksverkäufe bzw. –vergaben besser nachvollziehen. Dieses Verfahren wäre auch für Grundstücke, die der Unternehmensverbund Pro Potsdam in exponierter Innenstadtlage ausschreibt, wünschenswert, um auch bei Vergaben bzw. Verkäufen von Grundstücken in hervorragender Innenstadtlage an Investoren ein gewisses Maß an Transparenz zu gewinnen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0249

Betreff:
Kommunale Immobilienverkäufe 2016

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 30.03.2016

Eingang 922: 31.03.2016

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

13.04.2016	Hauptausschuss
------------	----------------

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Gemäß der „Leitlinie für Grundstücksverkäufe zur Veräußerung von kommunalen Grundstücken durch die Landeshauptstadt Potsdam“ (DS-Nr. 11/SVV/0889 vom 07.03.2012) wird dem Hauptausschuss eine Übersicht der im laufenden Haushaltsjahr 2016 beabsichtigten Grundstücksverkäufe der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt (Anlage 1). Grundstücksgeschäfte, bei denen bereits in den vorangegangenen Jahren die Bearbeitung begonnen wurde, beziehungsweise die bereits Bestandteil der Verkaufsliste 2015 (DS-Nr. 15/SVV/0270 vom 15.04.2015) waren, aber erst im Jahr 2016 zum Abschluss kommen, sind in Anlage 2 aufgeführt.

Die Wertgrenzen für die einzelnen Grundstücke wurden auf der Grundlage der vorhandenen Buchwerte, bereits vorhandener Verkehrswerte oder durch Schätzungen ermittelt. Im Rahmen der späteren Verkaufsverfahren können sich aufgrund der Vermarktungsergebnisse und der dann vorliegenden aktuellen Verkehrswertgutachten Veränderungen der Wertgrenzen ergeben, die bei der späteren Beschlussfassung gegebenenfalls zur abweichenden Gremienbeteiligung führen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass aufgrund aktueller Erfordernisse im Laufe des Jahres weitere Veräußerungsvorgänge zur Beschlussfassung vorgelegt werden, sofern sich dies wider Erwarten aus dem Bearbeitungsprozess ergibt oder aus anderen Gründen notwendig werden sollte.

Zu den einzelnen Grundstücken werden seitens der Verwaltung Empfehlungen für das weitere Vorgehen abgegeben.

Finanzielle Auswirkungen? Ja NeinDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Die Einzahlungen aus den Grundstücksveräußerungen kommen dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam zugute. Sie dienen der Finanzierung der Investitionstätigkeit (Einzahlungen aus Veräußerung; Zeile 20 des Finanzhaushaltes, Seite 18 der „Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für die Haushaltsjahre 2015/2016 Teil 1). Der Planansatz für das Haushaltsjahr 2016 beträgt 1.000.000,00 EUR.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

--

--

Anlagen:

Anlage 1 – geplante Grundstücksveräußerungen

Anlage 2 – Grundstücksveräußerungen 2016

Anlage 3 – Darstellung der finanziellen Auswirkungen, Pflichtanlage

lfd. Nr.	Grundstücks-bezeichnung (postalische Anschrift)	Gemarkung	Flur	Flurstück	Fläche Kaufgegenstand in m ²	Wertgrenze in EUR	derzeitige Nutzung	künftige Nutzung	Zuständigkeit	Empfehlung für Ausschreibung (A), Direktverkauf (D)	Empfehlung für Vorbefassung durch Gremien (OBR/HA/SVV)	Bemerkung
1	An der Wublitz 11	Marquardt	1	97 (teilw)	63	< 150.000	Verkehrsfl.	SO Erholung	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
2	Badestellenweg (Tfl. A+B)	Neu Fahrland	1	58	Tfl A 13 Tfl B 18	< 150.000	Verkehrsfl.	Gartenland	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
3	Bernhard-Kellermann-Str.	Potsdam	12	146 (tlw.)	460	< 150.000	Verkehrsfl.	Steilplätze	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
4	Fahrländer Damm	Nedlitz	1	15 teilw.	242	< 15.000	SO Erholung	SO Erholung	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
5	Forststraße 116	Potsdam	28	334/1	475	< 300.000	Gartenland	Wohnen	HA	A	keine	Arrondierung, beschränkte Höchstgebotsausschreibung
6	Fritz-Zubeil-Str. 95/Ulmenstr. 4	Babelsberg	10	577, 579	504	< 150.000	Gewerbe	Gewerbe	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
7	Hasensteg 7	Fahrland	3	837	135	< 150.000	SO Erholung	SO Erholung	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
8	Hauptstraße	Marquardt	6	128, 131, 132	355	< 150.000	Landwirtschaft	Landwirtschaft	OBM	D	keine	Verkauf 1/2 Miteigentumsanteil
9	Hügelweg/Schräger Weg	Bornim	9	31/4	Tfl. ca. 283	< 150.000	Wohnen	Wohnen	OBM	D/A	keine	Grundstücksarrondierung
10	R.-Breitscheid-Straße	Babelsberg	17	252 teilw.	10	< 150.000	Verkehrsfl.	Verkehrsfläche Bahn	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
11	St.-Anna-Str. 32	Groß Glienicke	13	104/11	292	< 150.000	Gartenland	Gartenland	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
12	Stahnsdorfer Straße/Rote-Kreuz-Str.	Babelsberg	4, 6	34/1, 35 (tlw.), 227 (tlw.)	410	< 150.000	Wohnen	Wohnen	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung
13	Trebbiner Str. 9	Drewitz	8	168 teilw.	43	< 150.000	Gartenland	Gartenland	OBM	D	keine	Grundstücksarrondierung

Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: An der Wublitz 11
unbebaut

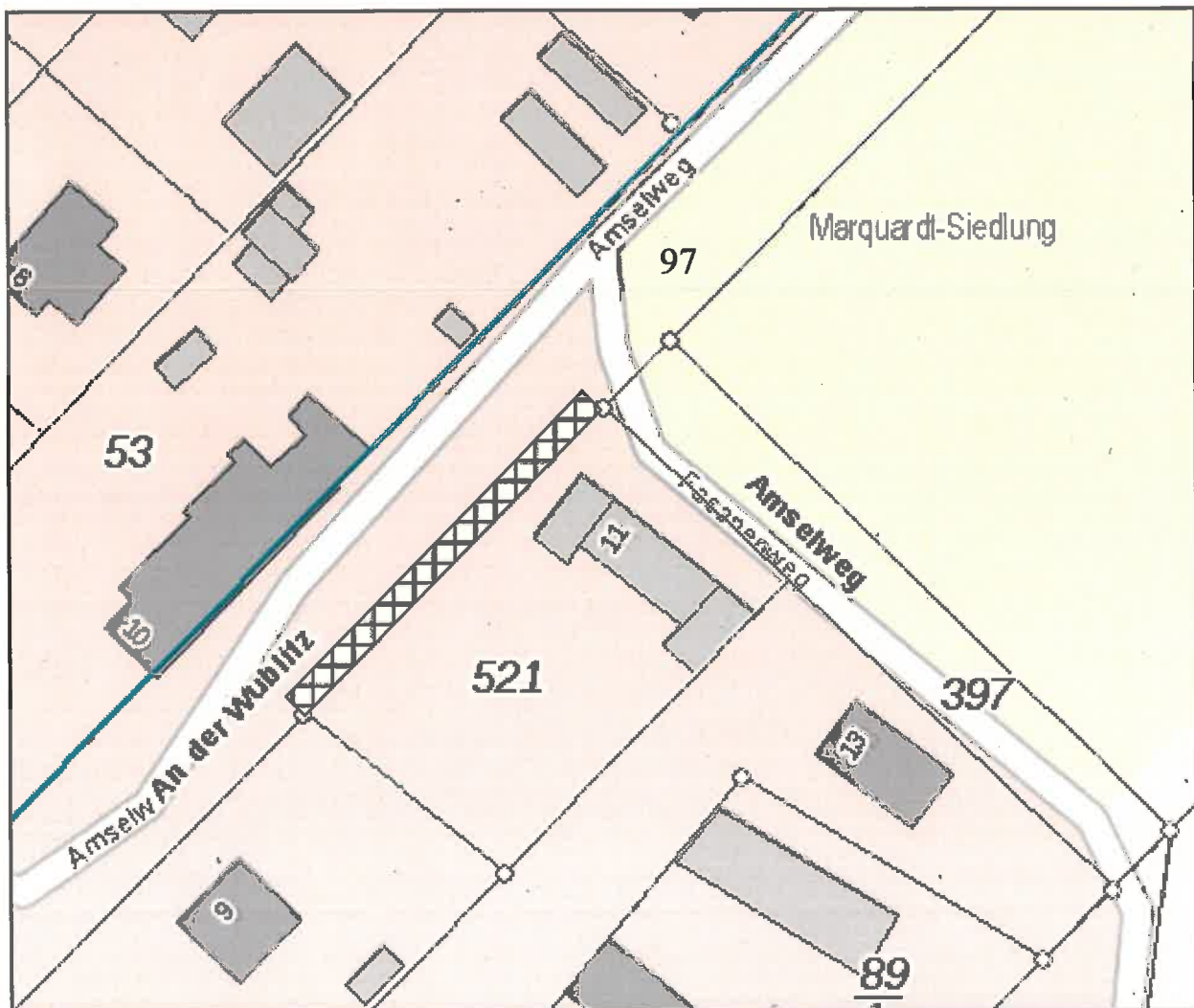
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Marquardt
Flur	1
Flurstück	97 (tlw.)
Größe Kaufgegenstand	63 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

öffentliche Ausschreibung	<input type="checkbox"/>
Direktverkauf	<input checked="" type="checkbox"/>



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Badestellenweg
unbebaut

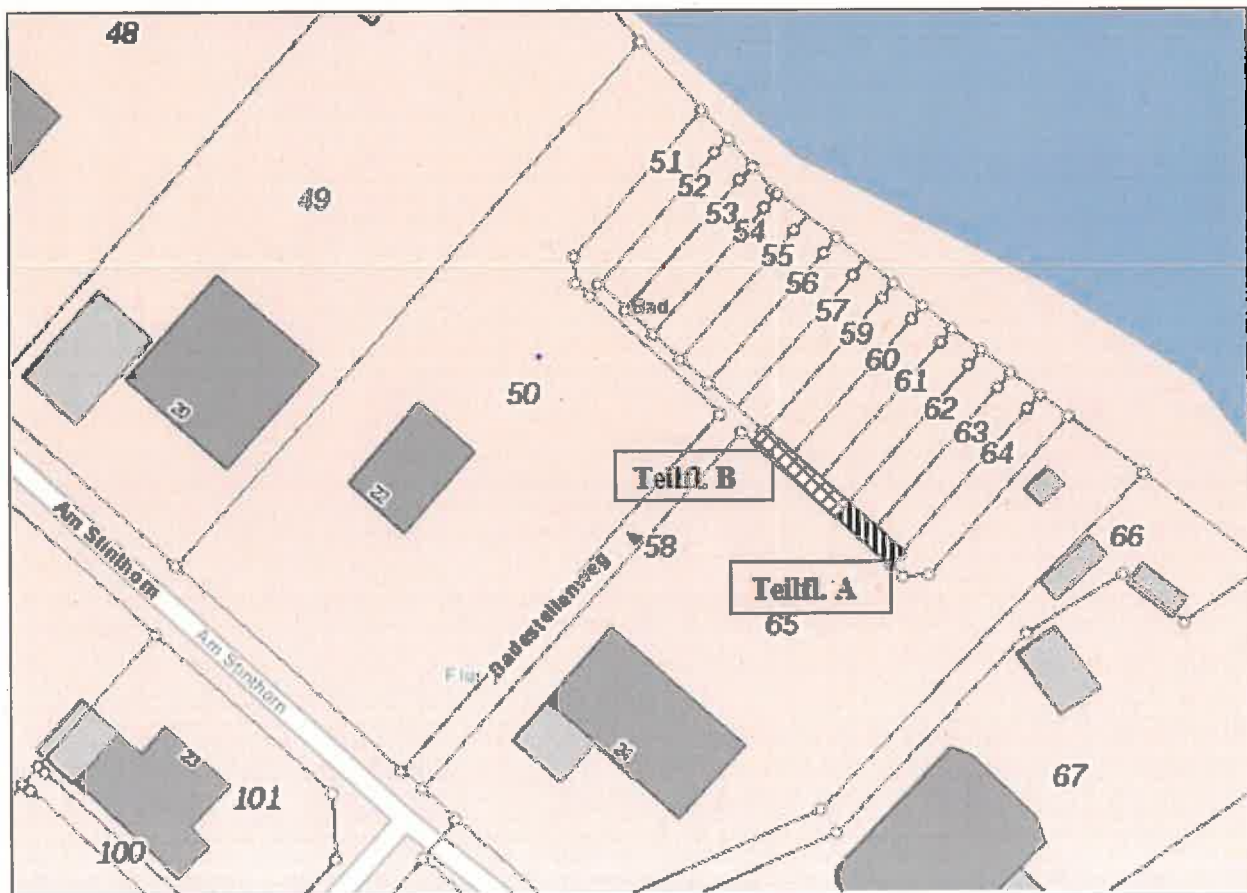
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Neu Fahrland
Flur	1
Flurstück	58
Größe Kaufgegenstand	13 m ² (Tfl. A), 18 m ² (Tfl. B)

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

öffentliche Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Bernhard-Kellermann-Str.
unbebaut

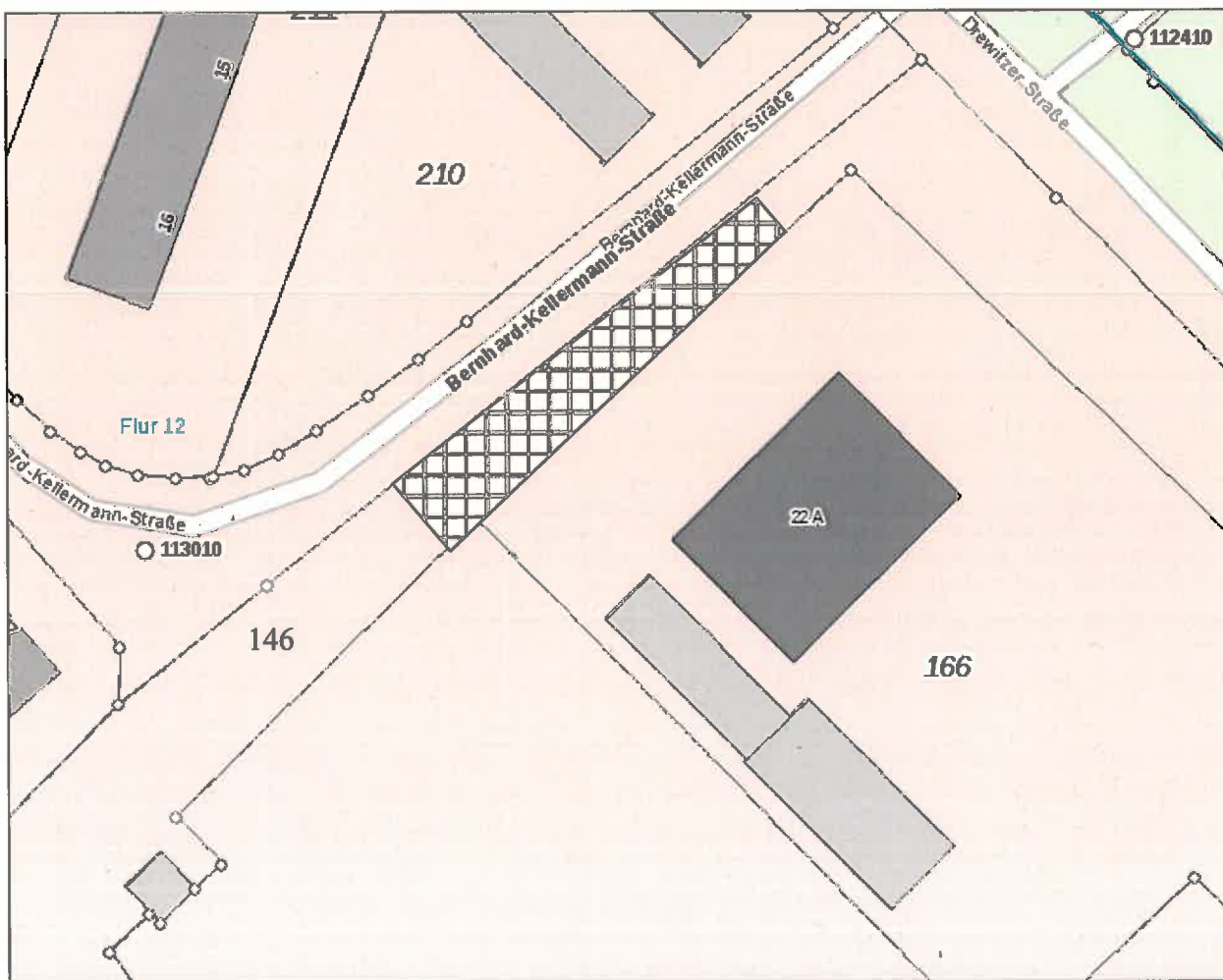
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Potsdam
Flur	12
Flurstück	146 (tlw.)
Größe Kaufgegenstand	460 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

öffentliche Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Fahrländer Damm
unbebaut

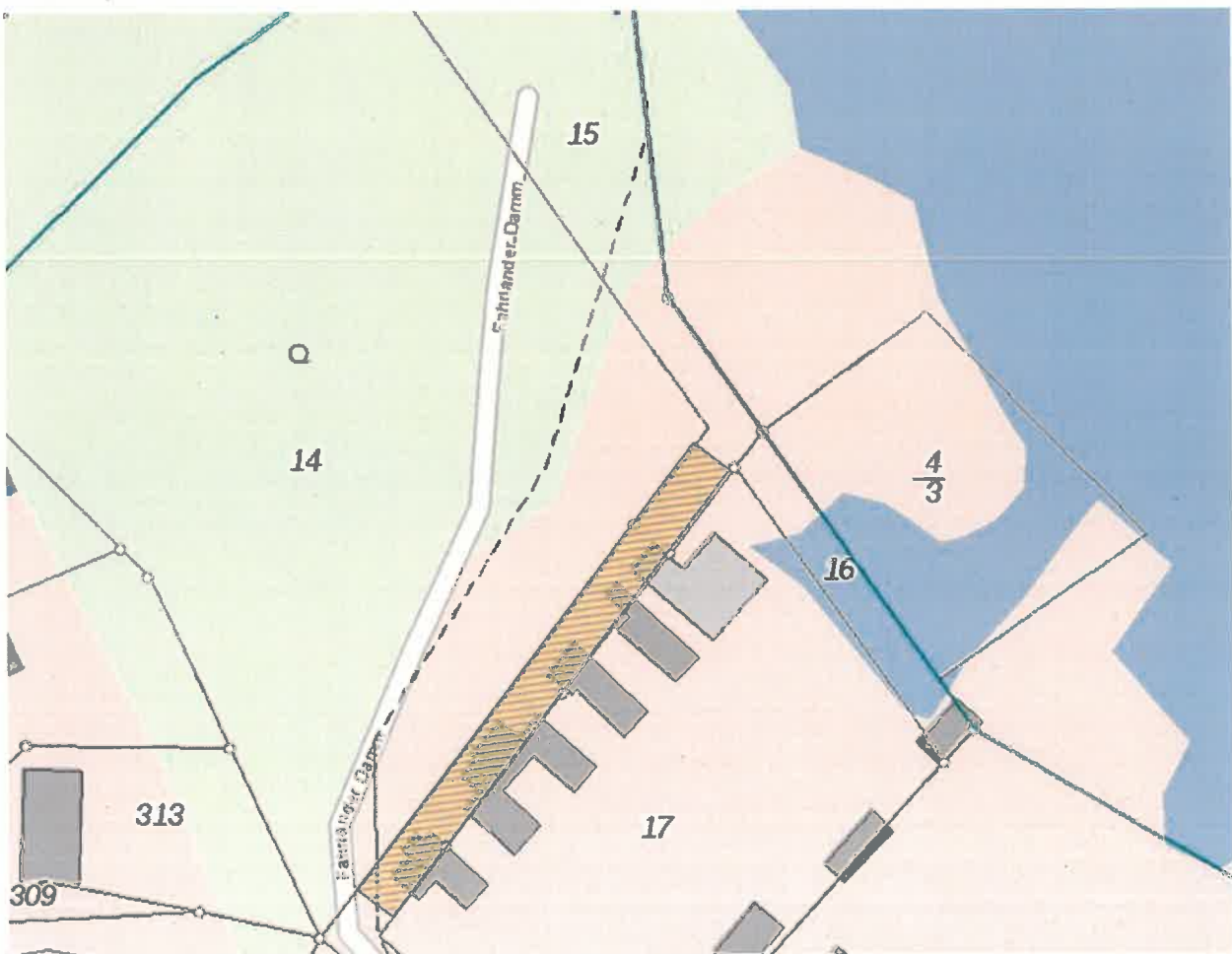
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Nedlitz
Flur	1
Flurstück	15 (tlw.)
Größe Kaufgegenstand	242 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

öffentliche Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Forststraße 116
unbebaut

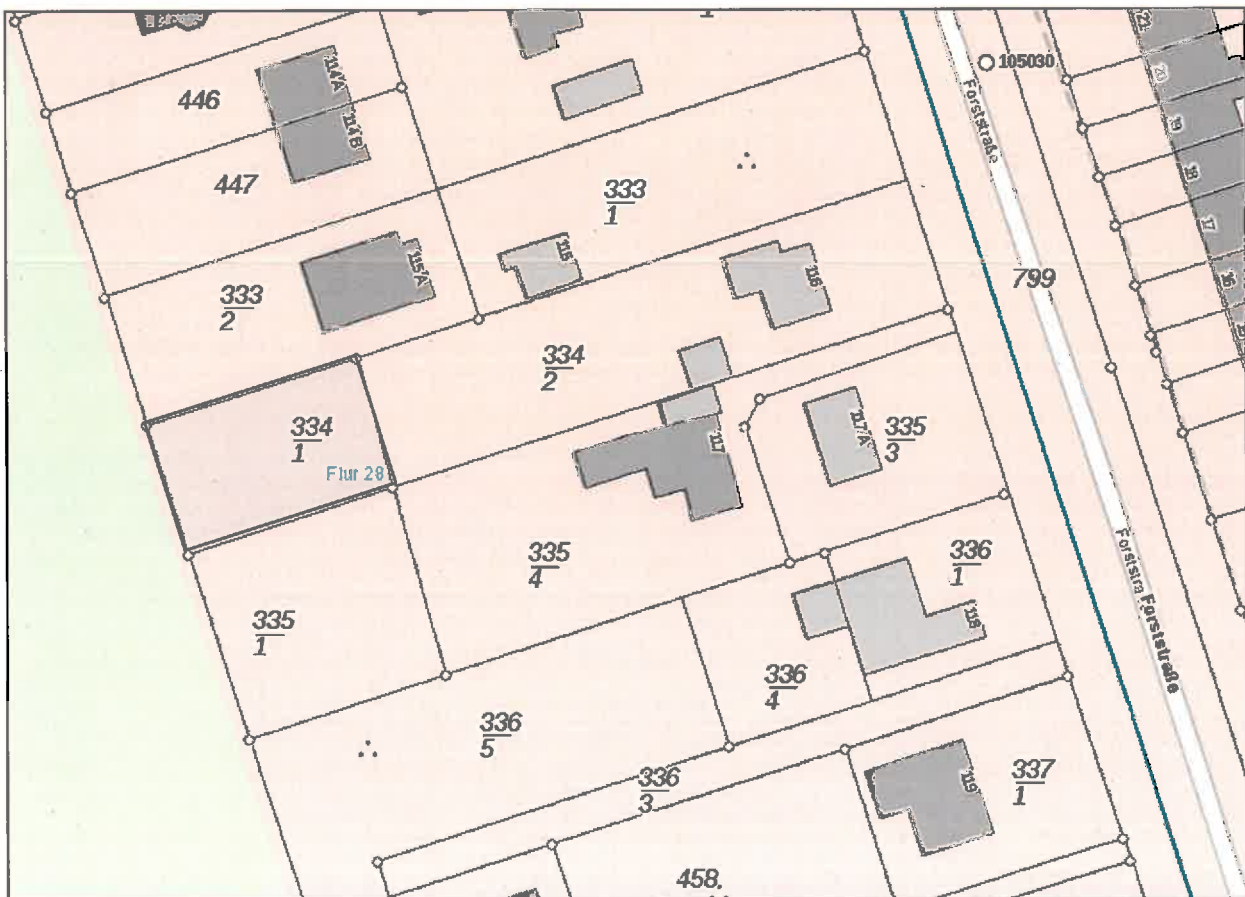
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Potsdam
Flur	28
Flurstück	334/1
Größe Kaufgegenstand	475 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

beschränkte Ausschreibung	<input checked="" type="checkbox"/>
Direktverkauf	<input type="checkbox"/>



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Fritz-Zubeil-Str. 95/Ulmenstraße
unbebaut

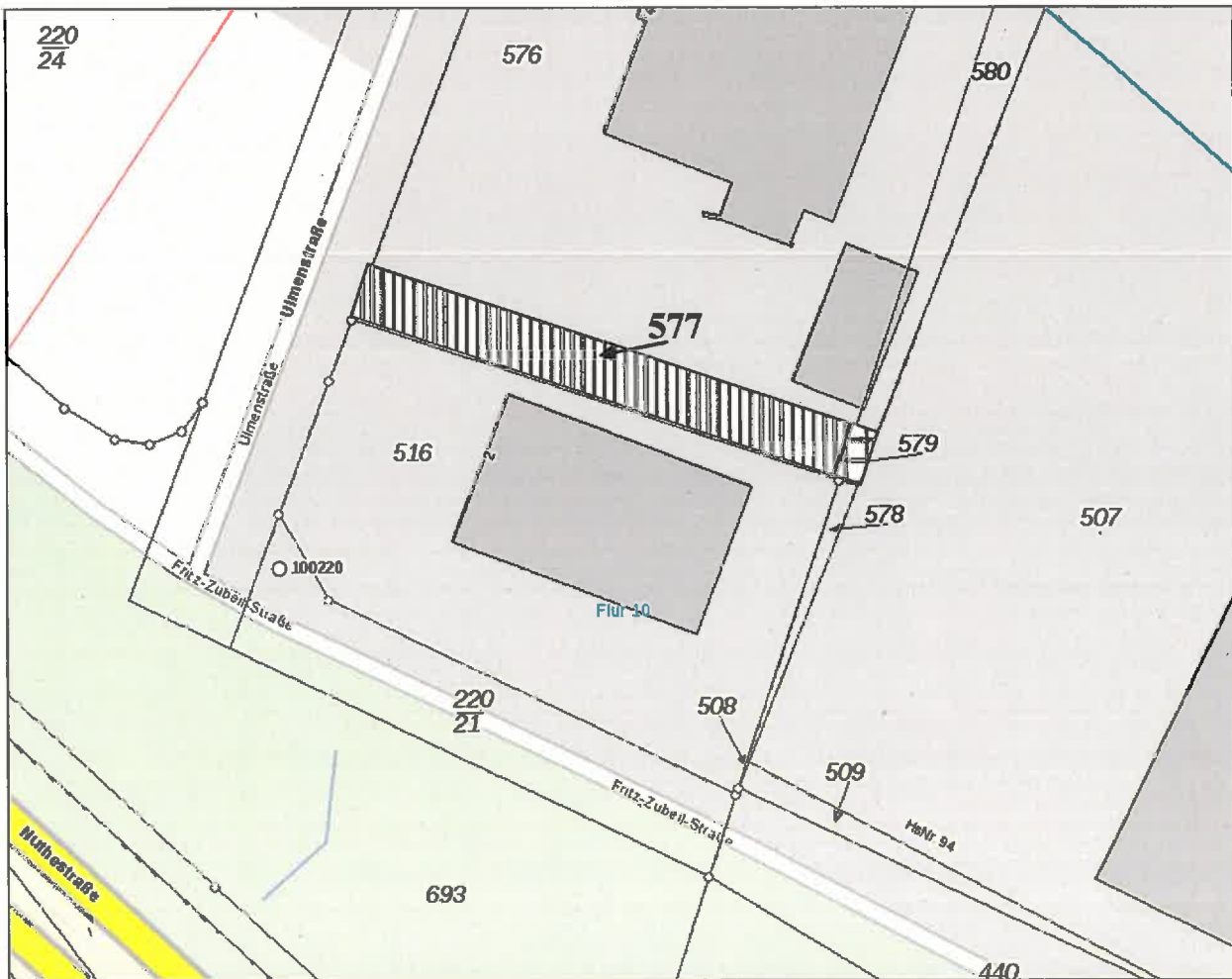
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Babelsberg
Flur	10
Flurstücke	577, 579
Größe Kaufgegenstand	504 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Hasensteg 7
unbebaut

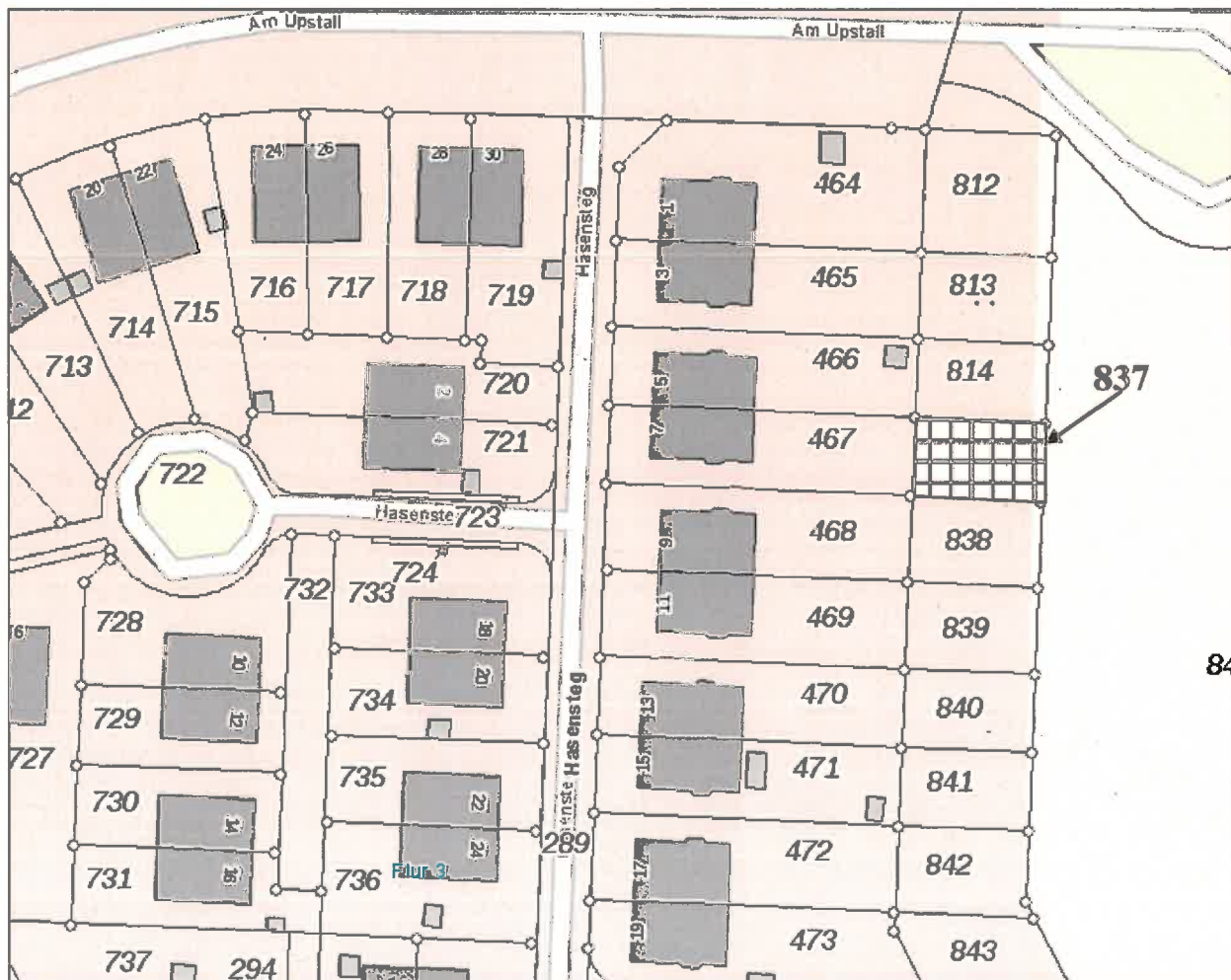
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Fahrland
Flur	3
Flurstück	837
Größe Kaufgegenstand	135 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Hauptstraße
unbebaut

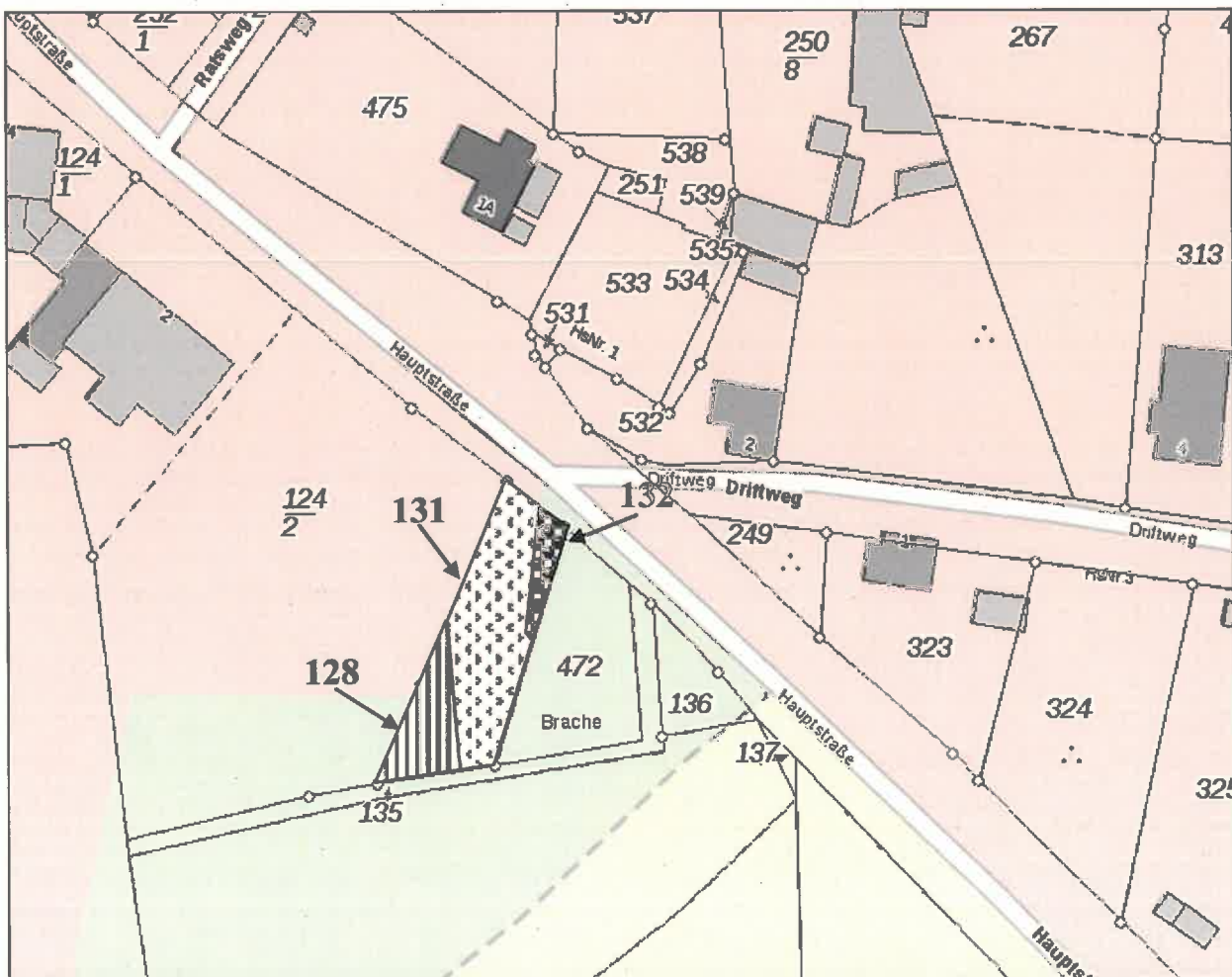
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Marquardt
Flur	6
Flurstücke	128, 131, 132
Größe Kaufgegenstand	355 m ²

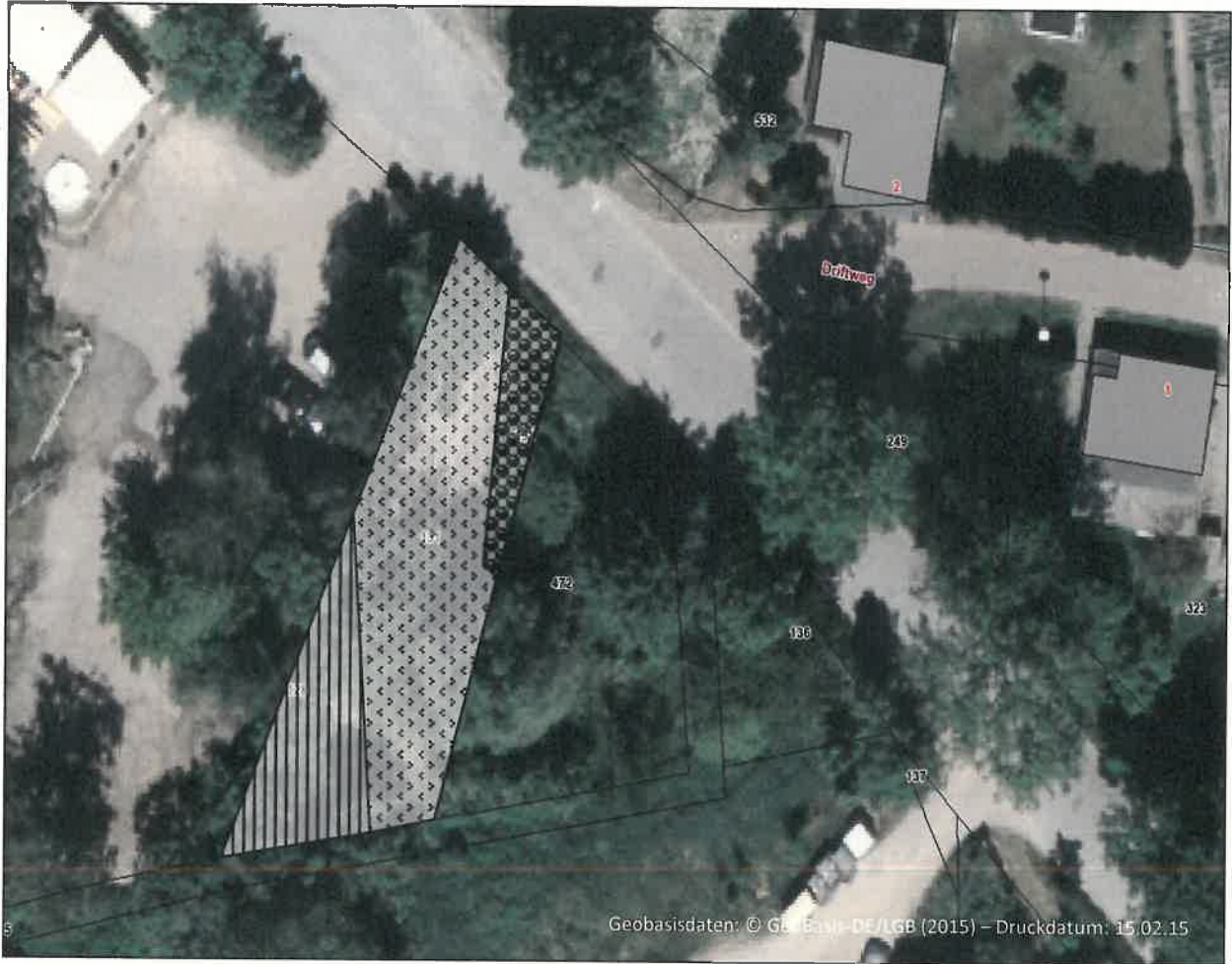
Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: **Hügelweg/Schräger Weg**
 Bebaut mit einer Garage + Schuppen

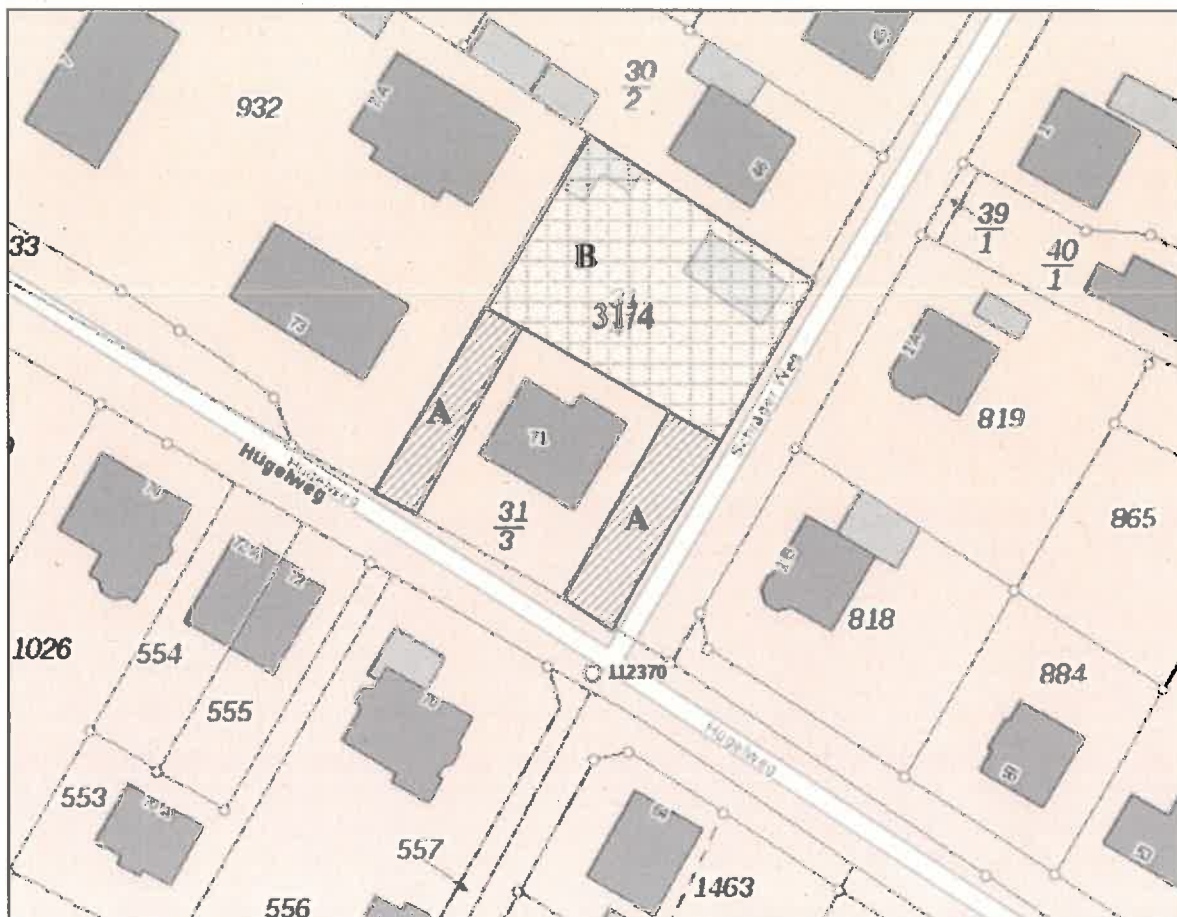
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Bornim
Flur	9
Flurstück	31/4
Größe Kaufgegenstand	Teilfläche A ca. 283 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Direktverkauf Teilfläche A	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------------	-------------------------------------



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: R.-Breitscheid-Str.
unbebaut

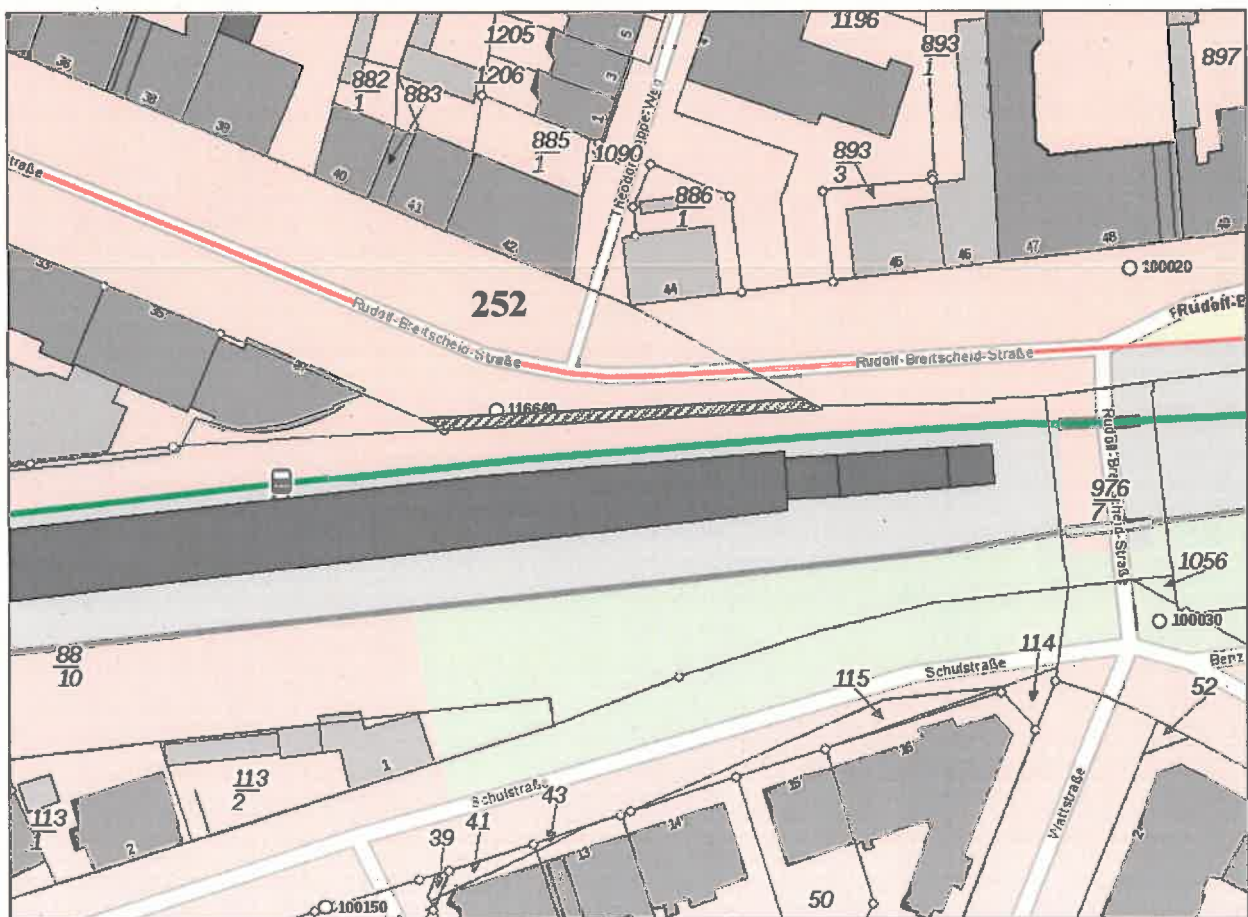
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Babelsberg
Flur	17
Flurstück	252 (tlw.)
Größe Kaufgegenstand	10 m ²

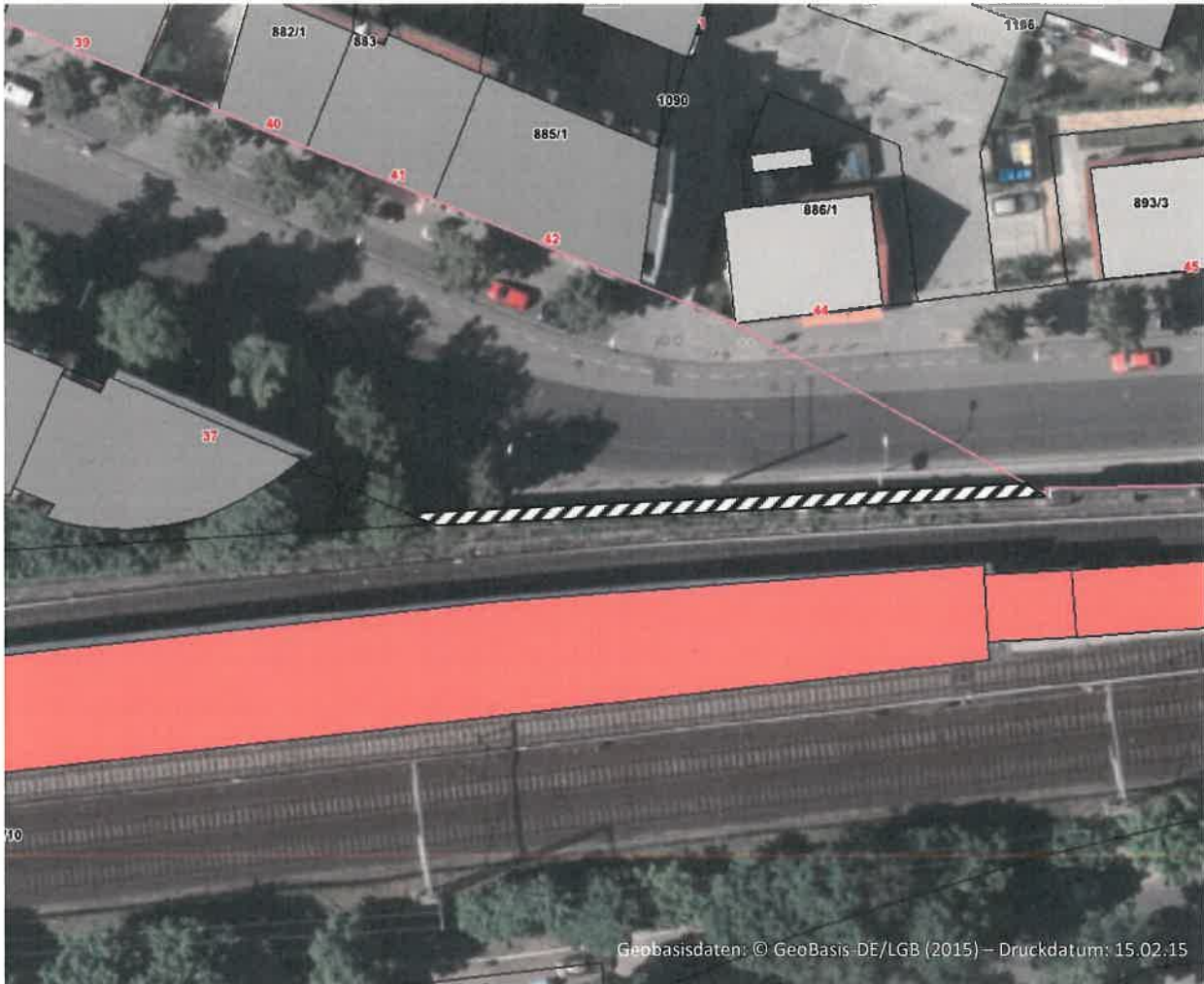
Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: St.-Anna-Straße 32
Bebaut mit einem Schuppen

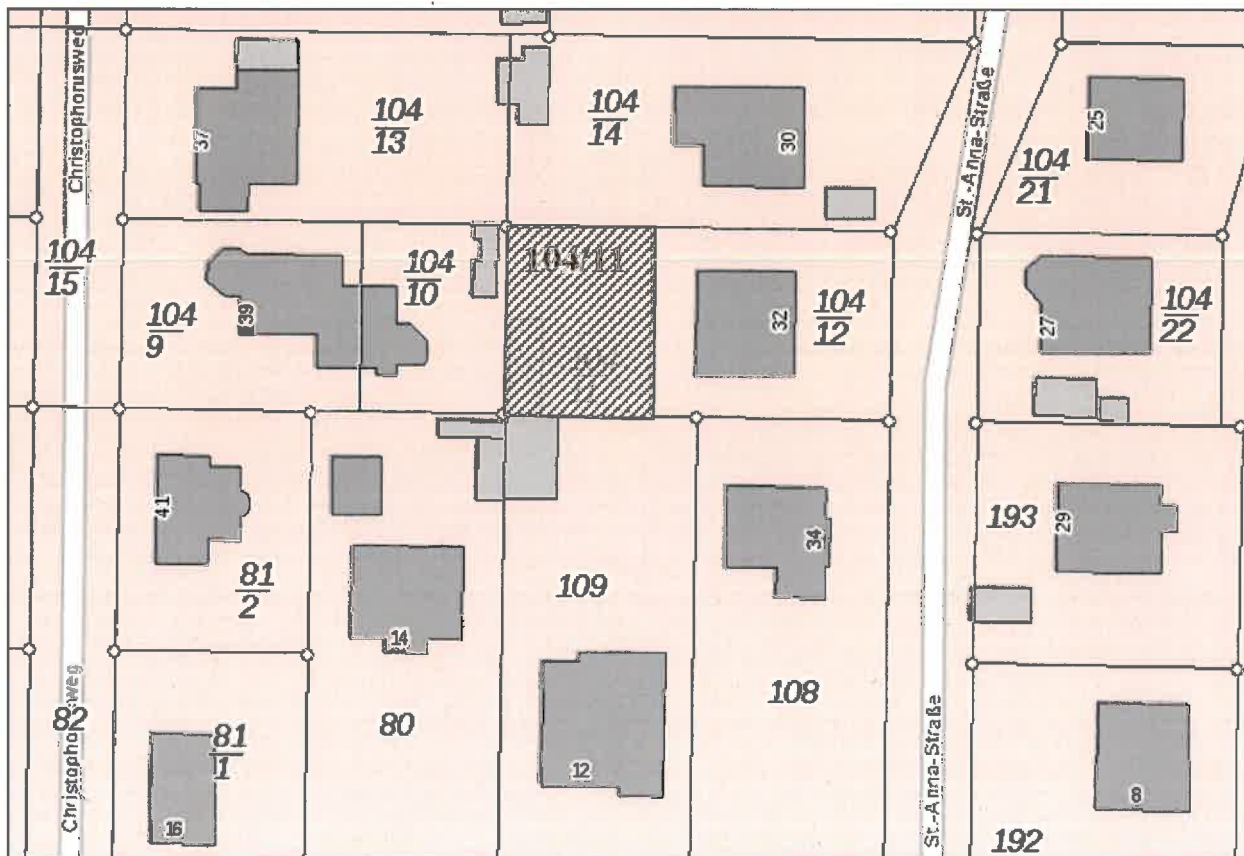
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Groß Glienicke
Flur	13
Flurstück	104/11
Größe Kaufgegenstand	292 m ²

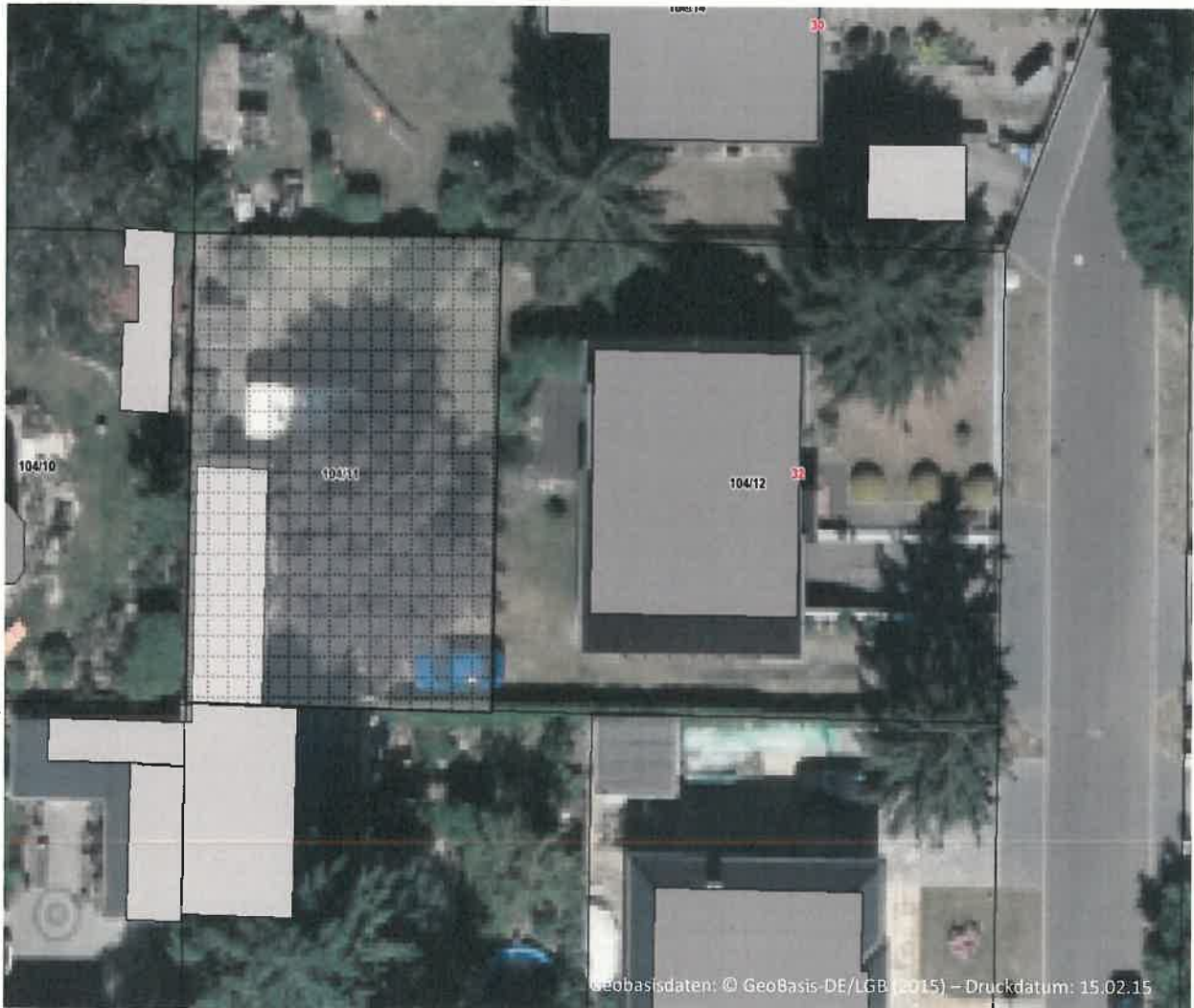
Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Stahnsdorfer Str./Rote-Kreuz-Str.
unbebaut

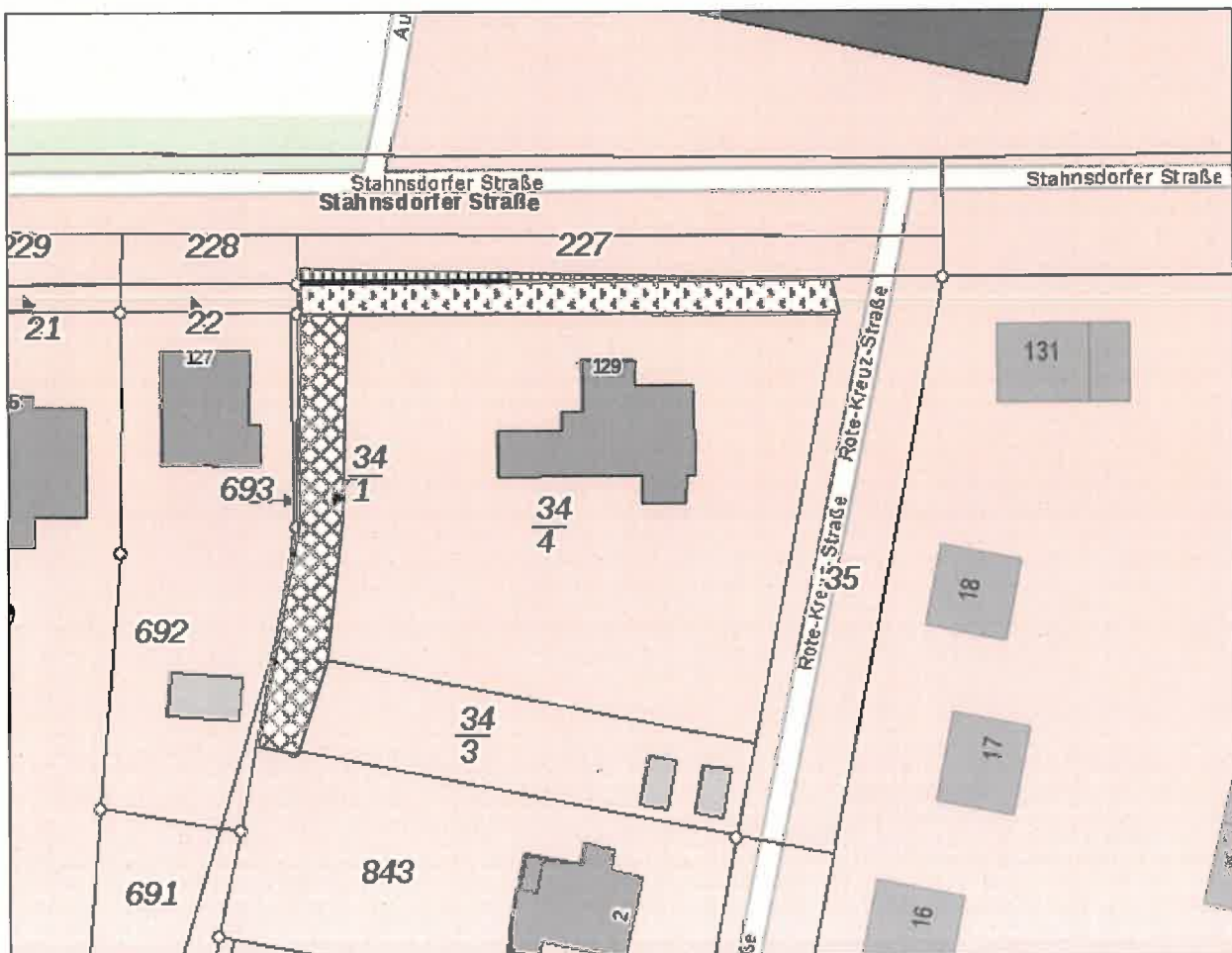
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Babelsberg
Fluren	4, 6
Flurstücke	34/1, 35 (tlw.), 227 (tlw.)
Größe Kaufgegenstand	410 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



Grundstücksverwertungen 2016

Grundstück: Trebbiner Straße 9
unbebaut

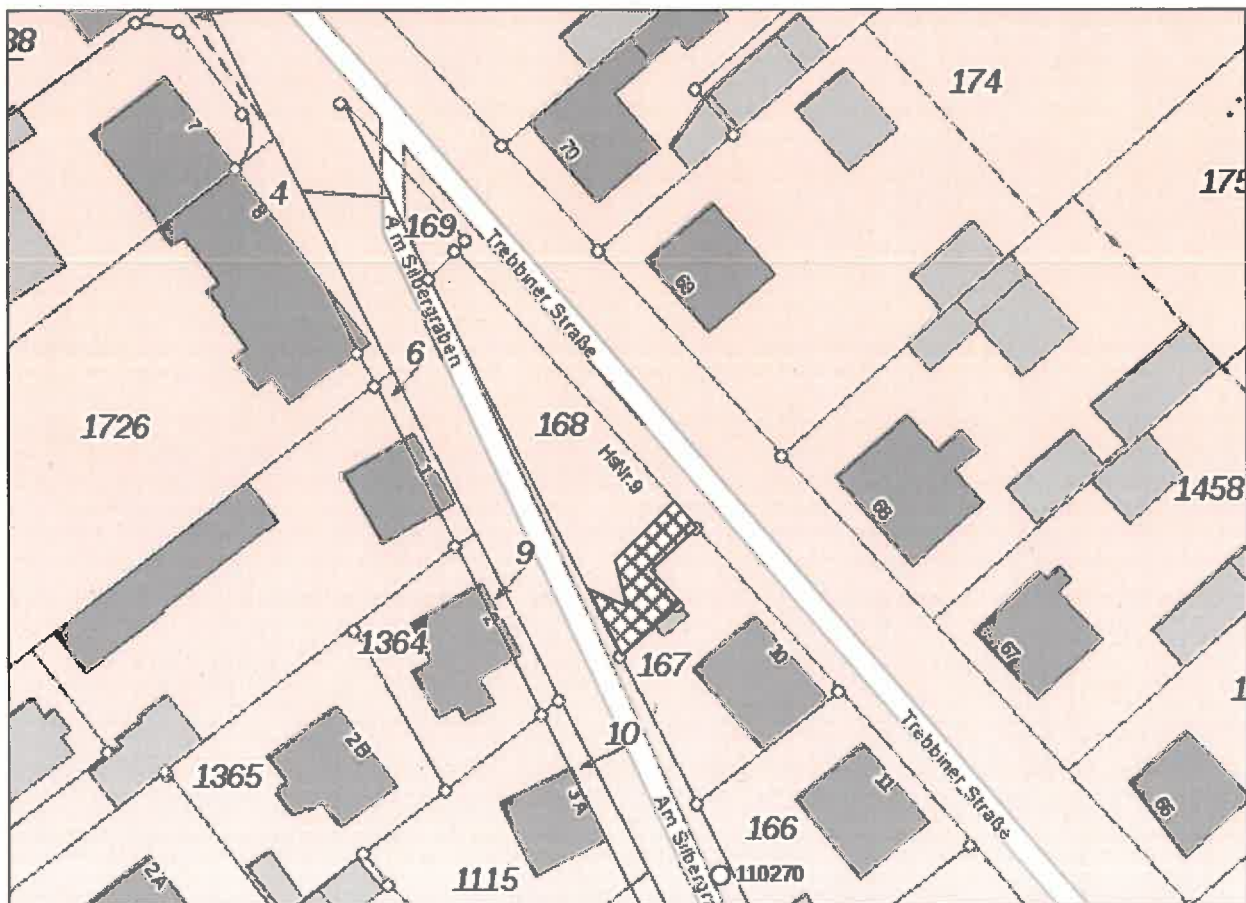
Grundbuchangaben:

Eigentümer	Landeshauptstadt Potsdam
Gemarkung	Drewitz
Fluren	8
Flurstücke	168 (tlw.)
Größe Kaufgegenstand	43 m ²

Wertgrenze: < 150.000 €

Vertriebsweg:

Ausschreibung	
Direktverkauf	X



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2015) – Druckdatum: 15.02.15



lfd. Nr.	Grundstück	Gemarkung	Flur	Flurstück	Fläche Kaufgegenstand in m ²	Wertgrenze in EUR	derzeitige Nutzung	künftige Nutzung	Zuständigkeit	Empfehlung für Ausschreibung (A), Direktverkauf (D)	Empfehlung für Vorbefassung durch Gremien (OBR/HA/SVV)	Bemerkung
1	Am Parkplatz 1	Paaren	1	126,127 1/16, 1/10 (tlw.)	5.316	< 150.000	Parkplatz, Imbiss, Bushaltestelle	Gewerbe	OBM	A	OBR	Kaufverhandlungen begonnen
2	Forstallee 9-10	Groß Glienicke	12	72/1, 74/1, 75	1.041	< 300.000	Gartenland	Wohnen	HA	A	keine	Höchstgebotsausschreibung
3	Forstallee 11	Groß Glienicke	13	76	984	< 300.000	Erholungsgarten	Wohnen	HA	A	keine	Höchstgebotsausschreibung
4	Heideweg 44	Babelsberg	11	87	707	< 150.000	Wohnen	Wohnen	OB	D	keine	Verkauf an Erbaurechtsnehmer
5	Immenseestr. 1	Babelsberg	22	779	1.280	< 300.000	Wohnen	Wohnen	HA	D	keine	Verkauf an Erbaurechtsnehmer
6	Am Waldrand/Wannseestr.	Babelsberg	22	147	64	< 150.000	Wohnen	Wohnen	GB 1	D	keine	Grundstücksarrondierung
7	Am Wildpark	Potsdam	22	163/2, 163/1	730	< 300.000	Erholungsgarten	Wohnen	HA	A	keine	Höchstgebotsausschreibung

Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Mitteilungsvorlage

Betreff: Kommunale Immobilienverkäufe 2016

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen? Nein Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe? Nein Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten? Nein Ja Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 1119901 Bezeichnung: Grundvermögen der Landeshauptstadt Potsdam.

5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
Ertrag laut Plan							
Ertrag neu							
Aufwand laut Plan							
Aufwand neu							
Saldo Ergebnishaushalt laut Plan							
Saldo Ergebnishaushalt neu							
Abweichung zum Planansatz							

5. a Durch die Maßnahme entsteht keine Ent- oder Belastung über den Planungszeitraum hinaus bis in der Höhe von insgesamt Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
Investive Einzahlungen laut Plan		1.000.000						1.000.000
Investive Einzahlungen neu		1.000.000						1.000.000
Investive Auszahlungen laut Plan								
Investive Auszahlungen neu								
Saldo Finanzhaushalt laut Plan		1.000.000						1.000.000
Saldo Finanzhaushalt neu		1.000.000						1.000.000
Abweichung zum Planansatz		0,00						0,00

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. Bezeichnung gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan? Nein Ja

Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung von Vollzeiteinheiten verbunden.

Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt? Nein Ja

9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt. Nein Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Die Einzahlungen aus den Grundstücksveräußerungen kommen dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam zugute. Sie dienen der Finanzierung der Investitionstätigkeit (Einzahlungen aus Veräußerung; Zeile 20 des Finanzhaushaltes, Seite 18 der „Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für die Haushaltsjahre 2015/2016 Teil 1). Der Planansatz für das Haushaltsjahr 2016 beträgt 1.000.000,00 EUR.

Anlagen:

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen
(Interne Pflichtanlage!)
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)



Betreff: öffentlich
"Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."

bezüglich
DS Nr.: 15/SVV/0746

Erstellungsdatum 05.04.2016

Eingang 922: 06.04.2016

Einreicher: FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
13.04.2016	Hauptausschuss

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Die "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V." ist ein Zusammenschluss von derzeit 40 Gebietskörperschaften (darunter: Landkreis Barnim, Landkreis Sömmerda, Kreis Weimarer Land, Stadt Eisenach sowie Gründungsmitglied Kreis Paderborn).

Kommunen mit dem RAL-Gütezeichen (Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V.) "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung" setzen sich nachweislich für kleine und mittlere Unternehmen und für Gründerinnen und Gründer ein.

Mit dem Gütezeichen soll die vollständige Einhaltung der Kriterien für die Voraussetzung zur Verleihung und Führung des Titels „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ gesichert werden. Das wird dadurch erreicht, dass die Fremdüberwachung der Einhaltung der Kriterien durch eine neutrale Stelle erfolgen muss. Für diese Überwachung wurde durch die Gütegemeinschaft ein Rahmenvertrag mit der TÜV NORD CERT GmbH in Essen abgeschlossen. Die Überwachung selbst ist durch die jeweilige Kommune zu beauftragen.

Der Aufwand und die damit verbundenen Kosten für die erste Fremdüberwachung belaufen sich auf ca. 3,0 Tagessätze a 1.000 € zzgl. MwSt.. Die Folgeüberwachungen, die alle 2 Jahre anfallen, werden mit ca. 2,5 Tagessätzen á 1.000 € zzgl. MwSt. veranschlagt. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt bei Städten bis 200.000 Einwohner 2.250 Euro.

Fortsetzung Seite 3

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung:

Folgende Güte- und Prüfbestimmungen gilt es zu erbringen:

- a) Eingangsbestätigung und Nennung eines Ansprechpartners,
- b) erste Informationen zum Verfahren,
- c) Besprechungen bei Unternehmen,
- d) Bearbeitungszeit von Baugenehmigungsanträgen,
- e) zügige Bezahlung von Auftragsrechnungen, die von mittelständischen Unternehmen an die Kommune gestellt werden,
- f) Reaktion auf Beschwerden,
- g) Bearbeitungszeit für die Angebotsabgabe bei Flächenanfragen von mittelständischen Unternehmen,
- h) Bearbeitungszeit bei der Genehmigung von Schwerlasttransporten,
- i) Verlässlichkeit von Baugenehmigungen,
- j) Reaktionszeiten auf Anrufe und E-Mails,
- k) Verwaltungswegweiser,
- l) Lotse für Existenzgründer,
- m) Kundenzufriedenheit,
- n) Informationsveranstaltung als Kommunikationsplattform.

Alle Verwaltungseinheiten in der Landeshauptstadt arbeiten kontinuierlich und zielstrebig an der Optimierung ihrer Bürger – und Kundenfreundlichkeit. Dazu gehören neben den Aspekten der in der Gütegemeinschaft angesprochenen Kriterien auch die Herausforderungen einer Bürgerkommune. In der Landeshauptstadt Potsdam bietet der von der Wirtschaftsförderung regelmäßig beauftragte Gewerbemonitor Erkenntnisse über die Sicht der Unternehmen auf den Wirtschaftsstandort Potsdam und die Arbeit der Verwaltung. Insgesamt werden der Verwaltung und der Wirtschaftsförderung im Einzelnen eine zufriedenstellende Arbeit attestiert.

Die Verwaltung kann die Nützlichkeit vieler Kriterien des Gütesiegels für eine unternehmensfreundliche Kommune durchaus bestätigen und ist ständig aktiv, um deren Einhaltung und ggf. Optimierung sicherzustellen. Sie wird deshalb den Gewerbemonitor auch entsprechend anpassen. Für die Erlangung des Gütesiegels „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen“ für die Landeshauptstadt Potsdam wird jedoch vor dem Hintergrund dieser Aktivitäten keine Notwendigkeit gesehen.

Der Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam begrüßt und unterstützt den Antrag. Nach seiner Einschätzung setzt die Erlangung des Gütezeichens „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ voraus, dass Wertungskriterien erfüllt werden, die sich auf Leistungen aus allen Bereichen der Kommunalverwaltung beziehen. Der Wirtschaftsrat empfiehlt darüber hinaus die Installation einer Geschäftsbereichs übergreifenden Arbeitsgruppe auf Leitungsebene.



Niederschrift

36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 13.04.2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:37 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	ab 17:40 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sandro Szilleweit	DIE aNDERE	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Clemens Viehrig	CDU/ANW	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Peter Schultheiß	SPD	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Dennis Hohloch	AfD	nicht entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stv

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
30.03.2016
- 3 Informationen zum Sachstand "Pfungstberg"
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen
Vorlage: 16/SVV/0006
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 4.2 Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0123
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Kommunale Immobilienverkäufe 2016
Vorlage: 16/SVV/0249
Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern
- 5.2 Prüfergebnis bzgl. der Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft
Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.
gemäß Beschluss: 15/SVV/0746
- 5.2.1 "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."
Vorlage: 16/SVV/0255
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.3 Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die
Sanierungsmaßnahmen
gemäß Beschluss: 15/SVV/0008
- 5.4 Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des Landes
gemäß Beschluss: 15/SVV/0801
- 5.5 Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der Flüchtlings-
und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875

- 5.6 Handlungskonzept Papierkörbe - erneute BE - Leerung aus einer Hand.
- 5.7 Ergebnisse - Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt gemäß Beschluss: 15/SVV/0223
- 5.8 Prozess zur Erstellung eines Tourismuskonzepts
- 5.9 Informationen zum Sachstand "Bürgertreff Eiche"
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.03.2016

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Die Tagesordnungspunkte **5.3** - Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die Sanierungsmaßnahmen, gemäß Beschluss: 15/SVV/0008,

5.4 - Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des Landes

gemäß Beschluss: 15/SVV/0801,

sowie **5.5** - Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875 – hierzu ist ein umfangreiches schriftliches Material erarbeitet worden, welches den Hauptausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben wird, bis zur Sitzung am 27.04.16 **zurückzustellen**.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** hat Herr Dr. Scharfenberg um Informationen zur Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h auf der L 40 gebeten.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt, den Tagesordnungspunkt **4.1** - Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen – DS **16/SVV/0006** – ebenfalls zurückzustellen, da der am 11.04.2016 ausgereichte

Projektablaufplan noch nicht in den Fraktionen beraten werden konnte.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 35. Sitzung vom 30.03.2016 gibt es keine Einwände; sie wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 Informationen zum Sachstand "Pfungstberg"

Der Oberbürgermeister weist eingangs darauf hin, dass heute über den derzeitigen Sachstand sowie die weiteren Schritte berichtet werden soll; eine Beschlussfassung sei nicht das Ziel für die heutige Sitzung.

Im Vorfeld haben sich die Ausschüsse für Finanzen; Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung mit den vorgestellten 3 Varianten befasst und unisono der Variante B, mit folgender Änderung: Streichung des Punktes 4 im Beschlussvorschlag:

„Hinsichtlich der laufenden Pflege und Erhaltung kann eine Kostenbeteiligung durch die Landeshauptstadt vorgesehen werden, die unter Haushaltsvorbehalt zu stellen ist. Die Kostenbeteiligung darf höchstens dem Aufwandsanteil auf den öffentlich nutzbaren Flächen entsprechen.“ zugestimmt.

Herr Goetzmann führt aus, dass der finanzielle Aspekt bei der Beratung in den Fachausschüssen eine große Rolle gespielt habe. Die nur für die Variante B aufrecht erhaltene Zusage der MDB KG, die Herstellungsmaßnahmen aus privater Hand zu finanzieren, habe letztendlich den Vorrang dieser Variante begründet.

Der von der Fraktion DIE aNDERE eingereichte Änderungsantrag wurde in allen drei Fachausschüssen abgelehnt.

Herr Prof. Dorgerloh dankt Herrn Goetzmann für die intensiven Gespräche mit allen Beteiligten, mit dem Ziel, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Das klare Votum der Fachausschüsse für die Variante B werde begrüßt und auch von der Stiftung favorisiert.

Der Stiftungsrat werde sich nun um private Finanzierungsmöglichkeiten bemühen.

Darüber hinaus haben Rücksprachen mit der MDB KG ergeben, dass diese auch die Pflegekosten für den öffentlichen Teil der Fläche übernehmen würde.

Weiterhin habe man sich darauf verständigt, neue Zuwegungen im Zeitraum des Nießbrauchvertrages zu schaffen sowie die Zugänglichkeit, wie auch im Neuen Garten: 7 Tage die Woche von 6:00 bis 22:00 Uhr bzw. von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, zu gewährleisten.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass auf dieser Grundlage das Projekt gestartet werden kann. Er betont, dass eine intensive Behandlung der Varianten und der Rechtsfolgen stattgefunden habe; die Zustimmung des Hauptausschusses sei Voraussetzung für die weiteren Schritte.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es auf Grund der sofortigen Überweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse, im Hauptausschuss noch keine Verständigung dazu gegeben habe.

Ausgangspunkt für die Verhandlungen sei der Nießbrauchvertrag und die darin festgeschriebene 40-jährige Nutzung.

Aus seiner Sicht, sei dieses Ergebnis in erster Linie für Herrn Döpfner ein gutes Ergebnis, auf Grund des Landgewinnes.

Er betont, dass die Fraktion DIE LINKE die Variante A favorisiere.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um Informationen, ab wann die Begehbarkeit hergestellt und wie diese konkret aussehen werde.

Wie weit gehen die Einschränkungen, die durch den Bebauungsplan möglich sind, einschließlich des Grundstückes von Herrn Döpfner.

Im Anschluss äußern sich die Vorsitzenden der Fraktionen CDU/ANW, Bürgerbündnis, SPD und Bündnis 90/Die Grünen dahingehend, dass die Entscheidung für Variante B begrüßt wird, Leistungen und Gegenleistungen damit im Gleichgewicht seien und die Variante B damit für alle Beteiligten von Vorteil sei.

Herr Kirsch bittet um Auskunft, ob das Grundstück, welches bisher immer ein Privatgrundstück war, umgewidmet wurde.

Herr Szilleweit erklärt namens der Fraktion DIE aNDERE, dass Tatsachen geschaffen wurden und man befürchte, damit einen Präzedenzfall zu schaffen.

Herr Prof. Dorgerloh erwidert, dass man über keine Flächen verfüge, welche nicht öffentlich zugänglich bzw. begehbar seien. Andere Objekte / Flächen in der Landeshauptstadt werden z.B. von der Universität genutzt. Darüber hinaus gebe es jedoch keine Flächen, welche per Nießbrauchvertrag an private Nutzer übergeben wurden oder werden können. Eine Übertragbarkeit auf andere Situationen scheidet deshalb aus.

Er betont, dass die Herstellung der Zugänglichkeit, unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit, das vollständige Erleben des Areals ermöglichen soll. Im Übrigen sei im Nießbrauchvertrag der Zeitraum für die zu schaffende Zugänglichkeit festgeschrieben.

Alle Seiten hätten sich bewegt; die Villa Schlieffen soll öffentlich als privates Museum genutzt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob davon auszugehen sei, dass im nächsten Jahr die Hauptwege zugänglich seien, also die Öffnung schrittweise vollzogen werde, erwidert Herr Goetzmann, dass der Ablauf der Sanierungsmaßnahmen nicht zwingend die Wiederherstellung der Wege in den Vordergrund stellen kann, weil logistische Zusammenhänge der baulichen Maßnahmen beachtet werden müssen.

Prioritär sei zu klären, welche Flächen und Objekte zuerst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass der Stiftungsrat im Mai dazu beraten und beschließen werde; Voraussetzung sei eine positive Beschlussfassung im Hauptausschuss.

Abschließend führt er aus, dass die Tatsache, dass das Gelände einfach eingezäunt wurde, sehr problematisch gewesen sei. In den Planungen müsse die Entfernung des Zaunes im vertretbaren baurechtlichen Rahmen berücksichtigt werden.

Er sichert zu, dass alle Beteiligten nach der Beschlussfassung über den Stand der weiteren Entwicklung informiert werden.

Herr Jakobs dankt Herrn Goetzmann ausdrücklich für sein Engagement in der Sache.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen**

Vorlage: 16/SVV/0006

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

zurückgestellt

zu 4.2 **Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam**

Vorlage: 16/SVV/0123

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt zu der Vorlage folgenden Änderungsantrag ein, der im Verlauf der Diskussion von ihm modifiziert wird:

Der Unternehmensverbund Pro Potsdam wird gebeten, bei der Ausschreibungen von Grundstücken im Innenstadtbereich **für jede Fraktion ein Mitglied des Hauptausschusses** die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Öffnung der Gebote einzuladen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des Unternehmensverbundes Pro Potsdam entsprechende Gespräche **mit dieser Zielstellung** zu führen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am ~~06. April 2016~~ **04. Mai 2016** zu informieren.

Herr Westphal, Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH, führt aus, dass es bisher keinen Anlass zur Änderung der Verfahrensweise gegeben habe. Die Informationen seien ausschließlich den Aufsichtsratsmitgliedern vorbehalten.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Herr Kirsch, Frau B. Müller, Herr Dr. Scharfenberg und Herr Szilleweit beteiligen, wird betont, dass die Informationen lediglich die im Aufsichtsrat vertretenen Fraktionen erhalten und darüber hinaus die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Grund dessen für die Stadtverordnetenversammlung nicht in dem erforderlichen Maße gegeben sei. Die Erweiterung des Kreises der Beteiligten werde als Zeichen von Transparenz gesehen.

Herr Schüler erwidert, dass nicht nachvollziehbar sei, welchen Wert bzw. Nutzen die erwarteten Mehrinformationen für die Fraktionen hätten, zumal der Hauptausschuss detailliert über Aktivitäten des Unternehmensverbundes, soweit Gesellschafterfragen berührt sind, informiert wird.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Kontrollfunktion dem Aufsichtsrat obliegt und die Zuständigkeiten eindeutig festgeschrieben seien.

Herr Exner, Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Finanzen, betont, dass die Beteiligung der Fraktionen an der Öffnung der Gebote bei Vergaben der Landeshauptstadt auf Grund einer vor Jahren getroffenen Verabredung gegeben sei.

Die Bieter müssen sich darauf verlassen können, dass nur die per Gesetz festgeschriebenen Beteiligten Kenntnis von den Geboten erhalten und die Verschwiegenheitspflicht gewahrt wird.

Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereiches Recht, Personal und Organisation, regt an, den vorliegenden Antrag im Aufsichtsrat zu diskutieren.

Im Anschluss wird die modifizierte Fassung mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Unternehmensverbund Pro Potsdam wird gebeten, bei der Ausschreibung von Grundstücken im Innenstadtbereich die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Öffnung der Gebote einzuladen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des Unternehmensverbundes Pro Potsdam entsprechende Gespräche zu führen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 06. April 2016 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 9

Stimmhaltung: 2

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage abzulehnen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Kommunale Immobilienverkäufe 2016

Vorlage: 16/SVV/0249

Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern

Auf eine Einbringung der Vorlage wird verzichtet.

Herr Wartenberg verweist auf ein Grundstück in Fahrland, welches veräußert werden soll und fragt, ob die Ortsbeiräte bei der Veräußerung von Grundstücken nicht mehr beteiligt werden.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass es sich hierbei lediglich um das Vorverfahren – also geplante Verkäufe handele; wenn tatsächlich verkauft wird, wird der Ortsbeirat beteiligt.

In der sich anschließenden Diskussion werden Nachfragen zu speziellen Grundstücken gestellt, welche von Herrn Goetzmann und Herrn Scheffler, Bereichsleiter Grundstücksmanagement, beantwortet werden.

Im Anschluss wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Prüfergebnis bzgl. der Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft
Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.
gemäß Beschluss: 15/SVV/0746**

**zu 5.2.1 "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."
Vorlage: 16/SVV/0255**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Zu der Vorlage gibt es keinen Diskussionsbedarf; die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die
Sanierungsmaßnahmen
gemäß Beschluss: 15/SVV/0008**

zurückgestellt

**zu 5.4 Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des
Landes
gemäß Beschluss: 15/SVV/0801**

zurückgestellt

**zu 5.5 Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der
Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875**

zurückgestellt

zu 5.6 Handlungskonzept Papierkörbe - erneute BE - Leerung aus einer Hand.

Herr Schenke, Bereichsleiter Verwaltung und Finanzmanagement, führt aus, dass die Leistungen öffentlich ausgeschrieben werden und dem Wettbewerb unterliegen.

Das dem zu Grunde liegende Vergabegesetz lässt die Vergabe an eine Hand (STEP) nicht zu.

Herr Dr. Scharfenberg und Herr Finken kritisieren die Qualität der Reinigungsleistung und erwarten für die Zukunft Verbesserungen.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass das Ziel erkannt sei und die Anregungen aufgegriffen werden.

zu 5.7 Ergebnisse - Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt gemäß Beschluss: 15/SVV/0223

Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, stellt anhand einer Power-Point- Präsentation den derzeitigen Stand sowie die Anregungen und Hinweise der durchgeführten Befragung dar.

In seinen Ausführungen geht er insbesondere auf die Einflussmöglichkeiten der Landeshauptstadt ein, auf die Unterstützung von Projekten wie z.B. Weihnachtsmärkte, die Erlebnisnacht etc.,. Er verweist auch auf bestehende Probleme z.B. mit Ordnung, Sauberkeit und illegaler Werbung. Darüber hinaus wird auch auf die Beratung von Existenzgründern verwiesen.

Auf Bitte des Wirtschaftsrates sei in den Betrachtungen explizit die Innenstadt einbezogen worden; von Seiten der AG Innenstadt gebe es das klare Votum, anstelle des Einsatzes eines Geschäftsstraßenmanagers besser eine höhere Projektförderung anzubieten.

Herr Frerichs fasst zusammen, dass vielfältige Einzelinteressen bestehen, die Kommunikation zwischen Einzelhandel und Verwaltung funktioniere und grundsätzlich positiv eingeschätzt werde.

Für die Zukunft sei u.a. geplant, die Angebote inhaltlich und räumlich zu erweitern.

Zu den Ausführungen von Herrn Frerichs gibt es keine Nachfragen.

zu 5.8 Prozess zur Erstellung eines Tourismuskonzepts

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereiches Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand.

Mit der Erstellung einer Tourismuskonzeption wurde in Abstimmung mit den touristischen Leistungsträgern die BTE – Tourismus- und Regionalberatung Berlin beauftragt.

Er stellt die Projektphasen vor und geht insbesondere auf die geplanten Workshops ein, zu denen neben den Beteiligten aus der Tourismusbranche und Vertretern des Einzelhandels auch die Fraktionen eingeladen werden.

Vorgesehen ist, die Workshops am 21.06.2016 und am 01.09.2016 durchzuführen.

Im September 2016, so der Plan, soll die Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und nach der Beratung in den Gremien, im Dezember 2016 beschlossen werden.

In der sich anschließenden Aussprache wird von Herrn Heuer nachgefragt, ob es auf Grund der Bettensteuer und den damit verbundenen höheren Einnahmen von Seiten der Tourismusbranche das Signal zur Bereitschaft gebe, sich finanziell mehr einzubringen?

Herr Jetschmanegg erwidert, dass dies im jetzigen Stadium noch nicht bestätigt

werden kann, im weiteren Verlauf des Prozesses aber thematisiert werde.

Die nächste Berichterstattung dazu werde im Nachgang der Workshops erfolgen; die Power-Point-Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 5.9 Informationen zum Sachstand "Bürgertreff Eiche"

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters führt aus, dass es zu Unstimmigkeiten zwischen dem Eigentümer und dem Ortsbeirat wegen der Nutzung des Bürgertreffs in Eiche gekommen sei. Derzeit dulde der Eigentümer dies; ein gemeinsam erarbeiteter Mietvertrag befinde sich gerade in der rechtlichen Prüfung durch die Landeshauptstadt.

Herr Winskowski, Ortsvorsteher Eiche ergänzt, dass die Nutzung des Bürgertreffs für private Feiern vom Eigentümer nicht gewünscht sei.

Der Ortsbeirat werde sich in seiner Sitzung am 28.04.2016 mit dem vorliegenden Vertragsentwurf befassen und ein entsprechendes Votum abgeben.

Strittig seien derzeit, die vom Eigentümer geforderten stringenten Kontrollen durch den Ortsbeirat bei privaten Veranstaltungen.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch zu Versicherungsfragen antwortet Frau Krusemark, dass diese ebenfalls derzeit rechtlich geprüft werden.

zu 6 Sonstiges

Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h auf der L 40

Herr Goetzmann informiert, dass auf Grund statischer Probleme, verursacht durch einen Böschungsabrutsch, vom Landesstraßenwesen im Bereich Horstweg/Neuendorfer Anger eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h angeordnet wurde; derzeit wird auch eine Betonleitbahn in dem Bereich installiert. Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, beim Landesstraßenamt die schnellstmögliche Behebung der Probleme zu ersuchen; der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Erstellung der Tourismuskonzeption 2025 für die Landeshauptstadt Potsdam



Ausgangssituation

- Grundlage für bisherige touristische Arbeit ist die Tourismuskonzeption 2000, deren Fortschreibung von 2005 sowie die jährlichen Marketingpläne
 - seit 2016 Neustrukturierung der Tourismusorganisation in Potsdam (PMSG)
 - Entwicklungen in der Angebots- und Nachfragesituation, insbes. Informations- und Buchungsverhalten der Gäste
-
- Der OBM wurde am 3. Dezember 2014 beauftragt, einen für den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam aufwandsreduzierenden Beitrag der vom Tourismus profitierenden Branchen einzufordern
 - Der OBM wurde am 1. Juli 2015 beauftragt, eine neue Tourismuskonzeption für die kommenden 10 Jahre zu erarbeiten

Zeitlicher Ablauf zur Erstellung der Tourismuskonzeption 2025



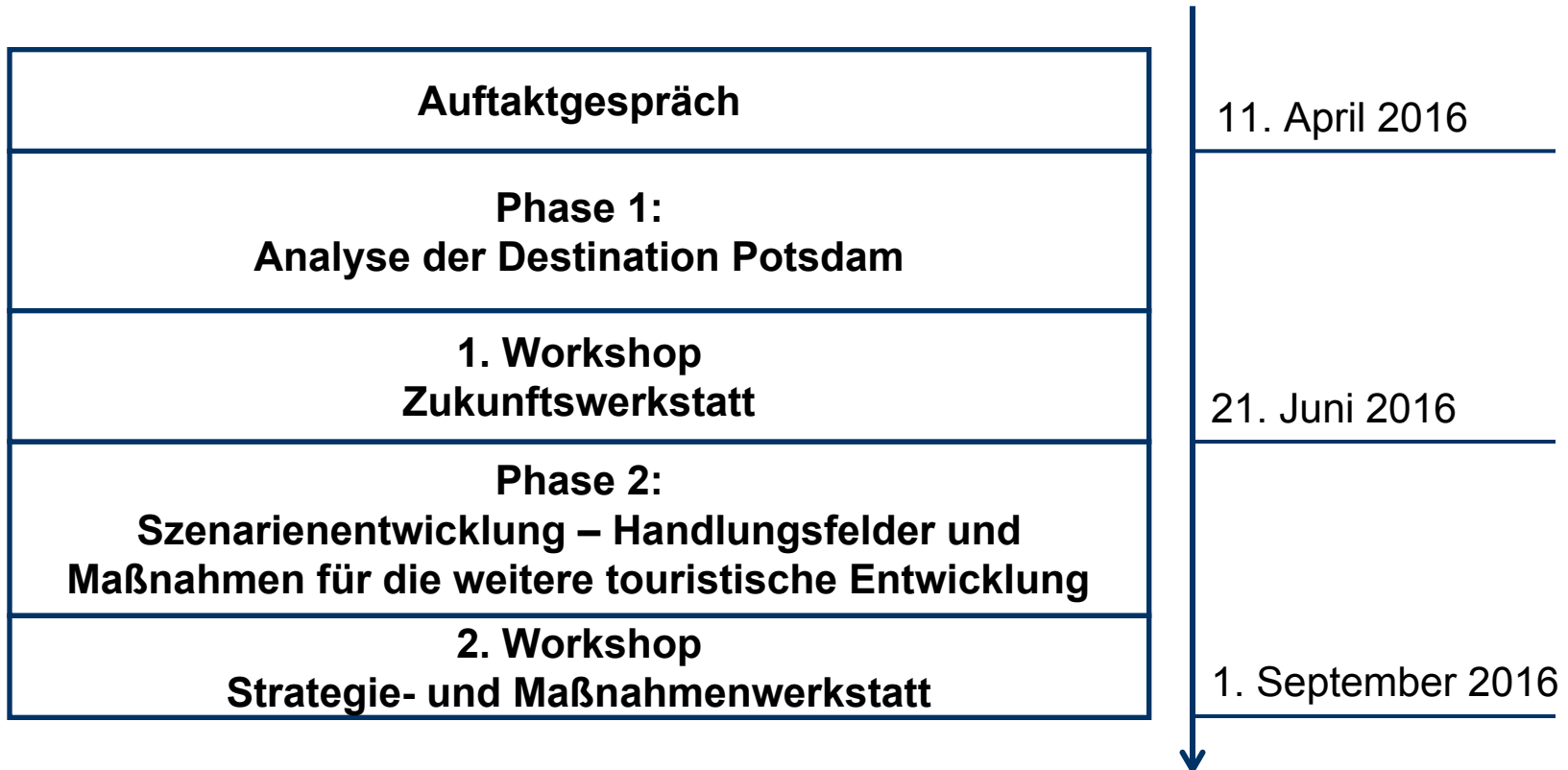
**30. März 2016: Auftragsvergabe an
BTE Tourismus- und Regionalberatung, Berlin**

Erwartungen

- langfristiger touristischer Entwicklungsplan bis 2025
- Entwicklungsszenarien mit klar definierten und realistischen Zielen
- konkrete und praktikable Handlungsempfehlungen und Maßnahmen
- Ermittlung einer objektiven Außensicht auf Potsdam
- Empfehlungen zu Organisations-, Beteiligungs- und Finanzierungsformen für das Tourismusmarketing

- intensive Beteiligung der Tourismuswirtschaft und Einbeziehung der Politik

Projektphase: Ablauf



Projektphase

Phase 1: Analyse der Tourismusdestination Potsdam

- Auswertung und Evaluierung vorhandener Konzepte und Daten
 - Expertengespräche
 - Analyse von Nachfrage und Trends, Angebot und Kommunikation
 - Analyse Außensicht: nationale und intern. HH-Befragung; auch für MICE
 - Benchmark-Analyse
 - Analyse von Organisations- und Finanzierungsformen
 - SWOT-Analyse (Stärken und Schwächen / Chancen und Risiken)
- Ableitung erster Entwicklungsszenarien für die Konzepterstellung
- Diskussion der Ergebnisse mit der Lenkungsgruppe
- **1. Tourismusworkshop als Zukunftswerkstatt mit touristischen Akteuren und Schlüsselpersonen**

Projektphase

Phase 2: Handlungsfelder und Maßnahmen für die weitere touristische Entwicklung

- Erarbeitung von mindestens drei Entwicklungsszenarien
 - Festlegung von Zielen und Handlungsfeldern je Szenario
 - Definition von Maßnahmen (inkl. Prioritäten, Verantwortlichkeiten und erforderlichem finanziellen Aufwand) je Szenario
 - Empfehlungen zu Organisations- und Finanzierungsformen
- **2. Tourismusworkshop als Strategie- und Maßnahmenwerkstatt mit touristischen Akteuren und Schlüsselpersonen**
- Verfeinerung Maßnahmenprogramm
- **Fertigstellung Tourismuskonzeption**

Einbindung touristischer Akteure & Partner

- Expertengespräche in Phase 1
 - Workshops moderiert vom beauftragten Berater
- 1. Workshop: Zukunftswerkstatt (21.06.2016)**
 - gemeinsame Ableitung von Visionen, Leitsätzen und Definition von Aufgaben
 - 2. Workshop: Strategie- und Maßnahmenwerkstatt (01.09.2016)**
 - Diskussion und Priorisierung von Handlungsempfehlungen und Maßnahmen
 - Vorstellung & Diskussion der Ergebnisse im Dialog mit den touristischen Leistungsträgern und Partnern

Prozessbegleitend:

- **Einbindung der touristischen Leistungsträger durch die Aufnahme der Sprecher der touristischen AGen in die regelmäßige Lenkungsgruppe während des gesamten Prozesses**

Einbringung in SVV & Beschlussfassung

Mitte September – Dezember 2016 (3,5 Monate)

- Präsentation der Ergebnisse in den politischen Gremien der Landeshauptstadt Potsdam zur Vorbereitung der Beschlussfassung
- ggf. Einarbeitung der Hinweise der Gremienmitglieder in den Bericht

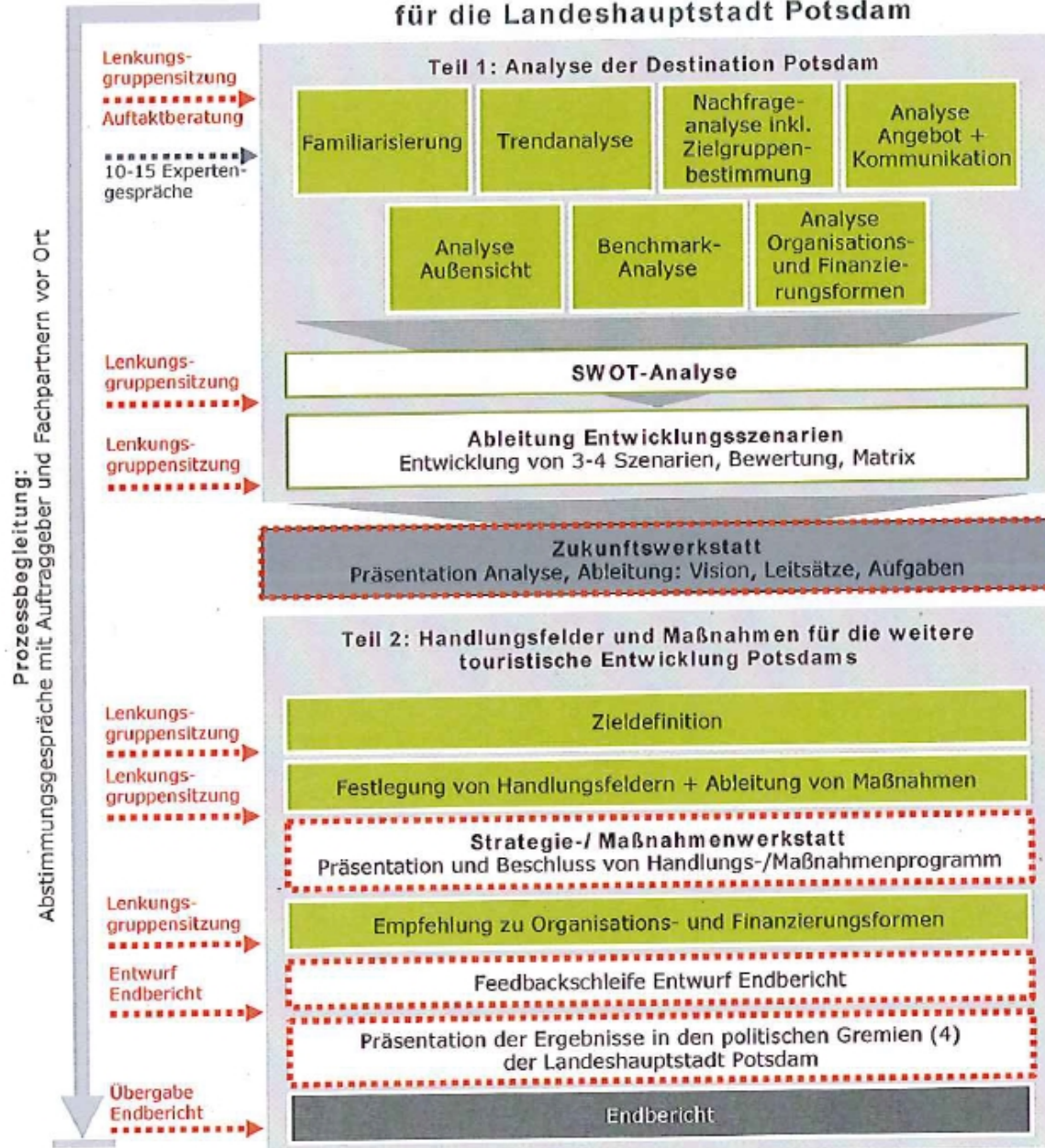
➤ **Endbericht**

➤ **Beschlussfassung**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !



Tourismuskonzeption 2026 für die Landeshauptstadt Potsdam



BTE Tourismus- und Regionalberatung

- 26 Jahre Erfahrungen mit über 600 Projekten
- 20 Mitarbeiter an den Standorten Berlin, Hannover und Eisenach
- Projektleitung: Herr Dr. Schuler
 - seit 2012 Geschäftsführender Gesellschafter BTE, Büroleiter Standort Berlin
- Projektleitung Teilleistung MICE: Herr Prof. Dr. Schreiber
 - Professor für Destinations- und Kongressmanagement an der HS Harz
 - Geschäftsführer der EITW GmbH
- Ausgewählte Referenzen
 - Touristisches Entwicklungskonzept für die Stadt Leipzig
 - MICE-Markt in Luxemburg
 - Tourismus-Konzept für die documenta-Stadt Kassel

Themenschwerpunkte der Konzeption

Markenkerne

- Geschichte / Welterbe, Film, Wissenschaft, Lebensqualität/Weltoffenheit

Zielgruppen / Themen

- MICE-Tourismus, Übernachtungs- / Tagesgäste, Gruppen, Familien, Aktiv- / Natururlauber (Wasser- / Radtouristen), Kulturtouristen

Potenziale

- Historische Mitte, Schiffbauergasse, Innenstadt, Holländisches Viertel, weitere historische Quartiere, Ländlicher Raum (neue Ortsteile), Einkaufsstadt, Schlösser / Parks

Themenschwerpunkte der Konzeption

Touristische Infrastruktur

- Unterkünfte, Einzelhandel, Gastronomie, Freizeit, Museen und Kultur
- Anbindung / Erreichbarkeit durch PKW, ÖPNV, Flughafen, etc.
- Leitsysteme (Hotels, Sehenswürdigkeiten, Parken, etc.)
- Stellplätze für PKW, Busse, Fahrräder, etc. und Anlegestellen für Wassertourismus
- Tourist-Informationen (Besucherzahlen, -ströme, -lenkung, Nutzerverhalten, Ausstattung, Angebot, etc.)

Touristisches Marketing

- Stadt-, Tourismus- und Kulturmarketing (Synergien, Schnittstellen)
- Produktentwicklung (Stadtrundgänge, Pakete, Veranstaltungen)
- Marketing (Corporate Design, Print, Internet, Vertriebswege, Messen)

1. Leistungsbeschreibung

Juli – Oktober 2015 (3 Monate)

- ✓ Definition Leistungspakete / Themenschwerpunkte in Abstimmung mit AG Tourismuskonzeption
 - ✓ Abstimmung mit der Vergabestelle
 - ✓ Präsentation und Abstimmung der Leistungsbeschreibung mit touristischen Leistungsträgern
 - ✓ Überarbeitung & Fertigstellung der Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen
 - ✓ Schätzung Aufwand / finanzielle Kalkulation
- **Abgeschlossen**

2. Vergabeverfahren

November – März 2016 (4 Monate)

- ✓ Eingrenzen und Bewerten potentieller Auftragnehmer
 - ✓ Vorbereitung Vergabekriterien / Formulare
 - ✓ Aufforderung der ausgewählten Büros zur Angebotsabgabe
 - ✓ Präsentationen der Bieter unter Anwesenheit ausgewählter touristischer Leistungsträger
 - ✓ Anpassung der Leistungsbeschreibung und Aufforderung der ausgewählten Büros zur Abgabe verbindlicher Angebote
 - ✓ Auswertung der finalen Angebote nach definierten Vergabekriterien
 - ✓ Auftragsvergabe
- **Auftragsvergabe an BTE Tourismus- und Regionalberatung, Berlin**